

Bewerbung: Paula Riester



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-BS Wahl Bundesschiedsgericht

Liebe Freund*innen,

hiermit bewerbe ich mich bei euch als Beisitzerin im
Schiedsgericht.

Seit sechs Jahren bin ich im Schiedsgericht tätig – zunächst
als stellvertretende Beisitzerin und seit vier Jahren als
ständige Beisitzerin – und möchte mich auch gerne
weiterhin der Konfliktlösung in unserer Partei widmen.

Meist sind die Konflikte bei uns in den Verhandlungen sehr
aufgeladen. Wir schaffen es dennoch oft, sie zu lösen und
eine Einigung für die Zukunft zu finden. Doch auch wenn dies – etwa bei
Parteiausschlussverfahren – nicht immer möglich ist und wir eine harte Entscheidung treffen
müssen, ist es mir wichtig, dem Konflikt auf den Grund zu gehen. Denn meist trifft nicht nur
eine Seite die „Schuld“.

Zu meiner Person: Ich bin 35 Jahre alt, komme aus Berlin, habe knapp vier Jahre als Justiziarin
bei der Wissenschaftsorganisation Leibniz-Gemeinschaft gearbeitet, bin ausgebildete Mediatorin
und seit dreieinhalb Jahren Richterin. Nach Stationen bei der Staatsanwaltschaft und in der
Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung arbeite ich nun
als Familienrichterin an einem Berliner Amtsgericht.

Bei Bündnis 90/Die Grünen bin ich seit 17 Jahren auf verschiedenen Ebenen aktiv. Ich war
Sprecherin der Grünen Jugend Bundesverband und von 2008 bis 2016 Mitglied im
Bezirksparlament in Friedrichshain-Kreuzberg.

Für die Arbeit im Schiedsgericht bringe ich also sowohl die juristischen Fähigkeiten als auch
Kenntnisse unserer Parteistrukturen mit. Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen.

Beste Grüße,

Eure



Bewerbung: Anna v. Notz



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Anna von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)
Tagesordnungspunkt: W-BS Wahl Bundesschiedsgericht

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich erneut als stellvertretende
Vorsitzende für das Bundesschiedsgericht.

Ich wurde 1984 in Rendsburg geboren und bin in Schleswig-Holstein aufgewachsen. Mein Jurastudium hat mich nach Heidelberg, Paris und Hamburg geführt. An der Humboldt-Universität zu Berlin habe ich zu Fragen der innerparteilichen Demokratie promoviert. Gerade mache ich mein Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin. Ich bin Redakteurin des Verfassungsblog und Mutter von zwei Kindern.

Seit nunmehr 17 Jahren bin ich Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Im April 2013 habt ihr mich das erste Mal ins Bundesschiedsgericht gewählt, zunächst als stellvertretende Beisitzerin, später als Beisitzerin und stellvertretende Vorsitzende. Die Arbeit macht mir große Freude! Sie verlangt nicht nur rechtliche Kenntnisse, sondern auch Verständnis des Parteilebens, Einfühlungsvermögen und Verhandlungsgeschick. Dabei hatte ich stets das Glück, in einem tollen Team mit anderen Schiedsrichter*innen und Beisitzer*innen arbeiten zu dürfen.

Gerne möchte ich diese Arbeit fortsetzen! Dafür bitte ich Euch um Euer Vertrauen und Eure Stimme!



Bewerbung: Hartmut Geil



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-BS Wahl Bundesschiedsgericht

Seit 2007 bin ich Vorsitzender des Bundesschiedsgericht und ich bewerbe mich darum, diese Arbeit für weitere 2 Jahre fortzusetzen.

Die Arbeit des Bundesschiedsgerichts ist vor allem juristisch - die Streitfälle oft sehr emotional. Das ist manchmal etwas sperrig und die juristischen Ergebnisse sind nicht immer für die betroffenen Parteimitglieder ganz leicht einzusehen. Mir ist es deshalb besonders wichtig, das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen. Wir sind das Gericht der 2. Instanz, deshalb ist der Streit, wenn er zu uns kommt, oft schon lange geführt worden und die Positionen sind schon sehr verhärtet. Da wird es leider selten möglich, eine einverständliche Lösung zu finden.

Dann kommt es darauf an, das Gespräch zu suchen und auch herauszufinden, welche Hintergründe der Streit hat. Die Parteien sollen die Gelegenheit haben, ihre Meinungen und Bestrebungen ausführlich darzulegen. Das Gericht muss die Rechtslage im Gespräch erläutern, aber auch offen sein für die Argumente der Parteien, denn manchmal liegt die Sache in Wirklichkeit anders als es auf den ersten Blick erscheint. Gerade bei Streitigkeiten in den Gebietsverbänden müssen die Betroffenen in Zukunft weiter zusammenarbeiten. Wir müssen das Verfahren so führen, dass das möglich bleibt und die Gesprächsbasis wenn irgend möglich gestärkt wird.

Allerdings hat die zunehmend Polarisierung der Gesellschaft sich sogar in unserer Partei ausgewirkt. Es gibt Personen, deren Engagement für Ökologie und deren kritische Haltung sich im Laufe der letzten 10 oder 20 Jahren verändert hat, es ist vorgekommen, dass Mitglieder im Lager der Verschwörungstheoretiker und sogar bei Pegida gelandet sind. Hier ist es unsere Aufgabe wachsam zu sein und klare Grenzen zu setzen.

In diesem Sinne würde ich gerne weiterarbeiten. Dafür bitte ich um Eure Stimme.



Geboren und
aufgewachsen in
Nürtingen/Neckar

Jurastudium in Tübingen
und Gießen

Referendar beim LG
Limburg/Lahn

Assistent bei Prof. Helmut
Ridder

Rechtsanwalt in Bielefeld

70 Jahre alt, verheiratet, 2
erwachsene Kinder, 4
Enkel.

Bewerbung: Dagmar Richter



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-BS Wahl Bundesschiedsgericht

Liebe Delegierte, liebe Grüne,

ich bewerbe mich für das Amt einer stellvertretenden
Beisitzerin im Bundesschiedsgericht.

Persönliches in Kürze

Rechtswissenschaftlerin, geboren 1961 in Heidelberg,
verheiratet, wohnhaft seit April 2014 in Blieskastel
(Saarland).

Fachliche Qualifikation

Ich besitze die Befähigung zum Richteramt, habe den 'Dr.
iur.' an der Universität Heidelberg erworben, mich dort
habilitiert und bin apl. Professorin der
Rechtswissenschaften. Seit vielen Jahren lehre ich
deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Völker-
und Europarecht an Universitäten im In- und Ausland,
zurzeit am Europa-Institut in Saarbrücken. Meine Veröffentlichungen behandeln vor allem
menschenrechtliche Themen, darunter die Wahlfreiheit und andere politische Rechte, aber auch
das Parteienrecht, die Zulassung von Pestiziden wie z.B. Glyphosat, u.v.m.



Engagement für die Grünen

Im August 2010 bin ich in Schleswig-Holstein (KV Plön) der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“
beigetreten. Ich war von 2011 bis April 2014 Sprecherin der LAG Demokratie und Recht in
Schleswig-Holstein und habe die LAG auch in der BAG vertreten. Von 2016-2018 war ich
Delegierte in derselben BAG für das Saarland (KV Saarpfalz). Derzeit engagiere ich mich im OV
Blieskastel und weiterhin in der BAG D&R.

Motivation zur Bewerbung

Ich habe mich zu dieser Kandidatur entschlossen, nachdem ich Ende Oktober als Ad hoc-
Schiedsrichterin an einem Verfahren des Bundesschiedsgerichts teilgenommen hatte. Mich
beeindruckten der Umgang mit den Parteien, das Miteinander, das Bemühen um rechtliche
Präzision und der Wille, am Ende Befriedung und Gerechtigkeit zu erreichen. Einem solchen
Gremium möchte ich gerne zur Verfügung stehen. Dafür bitte ich um Eure Stimme.

Bewerbung: Jessika Hazrat



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Alexander Fecke (KV Berlin-Pankow)
Tagesordnungspunkt: W-BS Wahl Bundesschiedsgericht

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich bei Euch erneut als stellvertretende Beisitzerin für das Bundesschiedsgericht.

Nachdem ich während meiner Promotion zum Recht der Erneuerbaren Energien als Wissenschaftliche Mitarbeiterin von grünen MdBs gearbeitet habe, bin ich seit einiger Zeit Beamtin im Land Berlin und dort mit dem Öffentlichen Recht befasst. Nebenbei unterrichte ich Europarecht.

Unsere Partei wächst zurzeit enorm und wir erleben einen bislang nicht gekannten Zuwachs an Mitgliedern. Das ist auf vielen Ebenen eine große Chance, zugleich aber auch eine Herausforderung, denn das heißt auch, dass Verfahren in Frage gestellt werden oder an politischen Gewissheiten gerüttelt wird.

Das kann immer auch zu Streit führen. An deren Befriedung möchte ich gern mitwirken. Dafür bringe ich mittlerweile acht Jahre an bündnisgrüner Schiedserfahrung mit. Bevor ich in den letzten beiden Jahren als Stellvertretende Beisitzerin im Bundesschiedsgericht tätig sein durfte, war ich sechs Jahre im Berliner Landesschiedsgericht, davon 4 Jahre als Vorsitzende. Außerdem war ich als Sprecherin der LAG Europa Berlin, als Delegierte zur BAG Europa und als Delegierte zu BDKen und LDKen aktiv.

Das Parteienrecht ist ganz besonders spannend, denn es gibt wenig veröffentlichte Urteile oder Literatur, so dass wir immer wieder Lösungen neu entwickeln und ausloten müssen. Mir ist wichtig, dass wir im Schiedsgericht juristisch tragfähige Lösungen finden, die zugleich parteipolitisch umsetzbar und praxistauglich sind. Zudem möchte ich unsere Entscheidungen verständlich und einfach kommunizieren, damit unsere Urteile zum Parteifrieden beitragen.

Ich würde mich freuen, wenn Ihr mir Euer Vertrauen schenkt!

Eure

Jessika



Regierungsrätin Land
Berlin und Dozentin für
Europarecht

Senatsverwaltung für
Finanzen

Wissenschaftliche
Mitarbeiterin MdB Jerzy
Montag, Wolfgang
Wieland, Irene Mihalic

Promotion zum Recht der
Erneuerbaren Energien

Master in Europäischer
Politik

Jurastudium in Berlin,
Brüssel und Krakau

Bewerbung: Jamila Schäfer



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-Buvo Wahl Bundesvorstand

Liebe Freund*innen,

seitdem ich politisch denken kann, klafften gesellschaftlicher Wunsch nach politischer Veränderung und regierende Politik noch nie so meilenweit auseinander wie jetzt. Am 20. September gingen allein in Deutschland 1,4 Millionen Menschen für besseren Klimaschutz auf die Straße. Am gleichen Tag verabschiedete die Koalition ein so genanntes Klimapaket, das weit hinter den erforderlichen Maßnahmen zur Einhaltung der Pariser Klimaziele zurückbleibt.

Das ist sowohl eine klimapolitische Katastrophe, als auch eine große Gefahr für die Demokratie. Die GroKo schürt mit ihrer Handlungsunfähigkeit Frust und Vorbehalte, und das nicht nur gegenüber ihrer eigenen Politik, sondern auch gegenüber demokratischen Prozessen als solchen. Andererseits ist der aktuelle Zustand auch Ansporn für viele Menschen, Politik aktiv mitzugestalten und sich für Veränderung einzusetzen.

An keine andere Partei sind momentan so hohe Erwartungen gerichtet, die Chancen dieser Zeit zu nutzen, wie an uns Grüne. Und keiner anderen Partei wird derzeit mehr zugetraut, sich den Zukunftsaufgaben dieser Zeit zu stellen. Und zwar nicht morgen, nicht übermorgen. Sondern jetzt.

Was mich motiviert, Politik zu machen

2011 trat ich der Grünen Jugend bei, weil ich als Schülerin genervt war von einer Politik, die ständig auf Kosten derer Entscheidungen trifft, deren Interessen sowieso schon zu wenig gehört werden. Ich wollte nicht mehr ohnmächtig sein gegenüber den vielen politischen Entscheidungen, die unsere Zukunft auf Ausbeutung von Menschen, Tieren und Umwelt aufbauen wollen.

In den sechs Jahren grünem Ehrenamt und nun fast zwei Jahren im Bundesvorstand habe ich erleben dürfen, wie entschlossen so viele Menschen in dieser Partei gemeinsam an verschiedenen Orten, auf verschiedenen Ebenen, mit verschiedenen Themen für eine **Vision einer Welt kämpfen, in der jedem Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zusteht, ganz egal wo oder wann er geboren wird. Und in der Menschen ohne Angst verschieden sein können.** Das motiviert mich jeden Tag, selbst weiter Politik zu machen.

Diese Vision erfordert nicht nur über den nationalen Tellerrand hinauszublicken, sondern ohne den nationalen Tellerrand im Kopf zu denken. Diesen universalistischen



* 30.04.1993

Twitter: @jamila_anna
jamila.schaefer@gruene.de

Politisches:

2018 - 2019: stillv.
Bundesvorsitzende und
Europäische und
Internationale
Koordinatorin

2015 - 2017:
Bundessprecherin der
GRÜNEN JUGEND

2014 - 2015: Beisitzerin im
Bundesvorstand der
GRÜNEN JUGEND

2012 - 2014: Sprecherin
der GRÜNEN JUGEND
München

seit 2012: Mitglied von
Bündnis 90/ Die Grünen

seit 2011: Mitglied der
GRÜNEN JUGEND

Sonstiges:

studiert Soziologie und
Philosophie

ist Mitglied bei verdi

Anspruch möchte ich auch weiterhin in unsere Politik einbringen und bewerbe mich daher wieder auf das Amt als stellvertretende Bundesvorsitzende und Internationale und Europäische Koordinatorin der Partei.

Gemeinsam stärker

Weltweit sind wir als BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN die größte grüne Partei. Deshalb haben wir eine besonders große Verantwortung, grüne Politik, Parteien und Bewegungen international noch weiter zu stärken.

Als Internationale und Europäische Koordinatorin habe ich viele Kontakte zu Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft in anderen Ländern und zu grünen Parteien weltweit knüpfen dürfen. Dieser Austausch hat mir immer wieder gezeigt, wie viel wir voneinander lernen und profitieren können.

An diese Arbeit möchte ich gerne anknüpfen und in den nächsten zwei Jahren, in Zusammenarbeit mit der European Green Party, einen besonderen Fokus auf den Austausch und die Vernetzung mit grünen und grünnahen Strukturen in Süd- und Osteuropa legen. Denn unser Ziel für die nächste Europawahl muss sein, die grüne Fraktion nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch durch eine bessere grüne süd- und osteuropäische Repräsentanz noch stärker zu machen.

Die Krise zur Chance machen

Die junge, international vernetzte Klimabewegung hat in diesem Jahr gezeigt, dass eine paneuropäische Mobilisierung für grüne Themen möglich ist. Wer behauptet, dass Klimaschutz ein reines nord- oder westeuropäisches Thema ist, hat die großen Klimademonstrationen in Italien oder auch die wachsende Anti-Kohle-Bewegung in Polen verpasst.

Aber diese internationale Klimabewegung hat auch noch etwas anderes deutlich gemacht: Die gesellschaftliche Konfliktlinie lässt sich vielerorts verschieben - von einem Konflikt zwischen Renationalisierung und „Weiter so“ zu einem **Konflikt zwischen Status Quo und progressiver Veränderung**.

Das ist auch eine Chance für die Zukunft der Europäischen Union. Noch nie zuvor wurde die europäische Idee innerhalb des Europäischen Parlaments so stark in Frage gestellt wie heute. Gleichzeitig verstehen durch das Brexit-Chaos und die Wahlerfolge rechter Parteien nun immer mehr Menschen, dass wir entweder vor einem historischen Redemokratisierungsprozess stehen, oder gerade den Anfang vom Ende der Demokratie erleben. Das öffnet ein Window of Opportunity, neue Allianzen für eine **Weiterentwicklung der EU** zu schmieden.

Die Werte, auf denen Europa gebaut ist, sind auf die Probe gestellt. Es gilt zu beweisen, dass sich anknüpfend an diese Werte ein demokratisches europäisches Zusammenleben etablieren lässt, das wirklich **Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit** garantiert. Dafür muss die europäische Politik die Lebensgrundlagen seiner Bürger*innen besser schützen, für eine Angleichung der Lebensverhältnisse sorgen und gemeinsame soziale Mindeststandards auf den Weg bringen. Anstatt einer durch nationale Standortinteressen geprägten Wirtschaftspolitik, die Lebensrealitäten und Interessen der Menschen und der EU-Mitgliedsstaaten auseinanderreibt, brauchen wir mehr gemeinsame Investitionen in europäische Gemeingüter und Infrastruktur.

Kommissionspräsidentschaft. Außerdem brauchen wir endlich eine wirkliche europäische Öffentlichkeit. Dafür braucht es unter anderem transnationale Listen und ein verbindliches Spitzenkandidat*innen -Prinzip für die Wahl der Kommissionspräsidentschaft.

Eine lebendige Demokratie braucht lebendige Parteien.

Parteistrukturen an aktuelle Herausforderungen anzupassen und sie inklusiv und partizipativ zu gestalten, ist neben der inhaltlichen Arbeit und der internationalen Vernetzung eine Aufgabe, die mich viel beschäftigt und umtreibt. Denn Organisation und inhaltliche Arbeit sind keine Gegensätze. **Gute Organisation ermöglicht erst gute Politik.**

Viele Neumitglieder wünschen sich Antworten auf die Fragen: „Wo kann ich meine Energie am besten einsetzen? Wie kann ich etwas verändern?“

Gerade jetzt müssen wir gute Einbindungs-, Diskussions- und Weiterbildungsangebote schaffen, **damit die Partei nicht nur wächst, sondern über sich hinauswächst.** Daran arbeiten derzeit viele Kreisverbände und Landesverbände auch in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand. Das ist auch eine große Chance, um die tolle Arbeit der Europagruppe sowie der European Green Party in der Partei noch sichtbarer zu machen. Mit digitalen Diskussionsformaten zu europapolitischen und internationalen Themen, haben wir in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht. Auf einem Europaworkshop im November werden wir gemeinsam mit Parlamentarier*innen und Ehrenamtlichen weitere Ideen diskutieren.

Mir ist es wichtig bei diesen Prozessen nicht nur den Blick der Internationalen Koordinatorin im Bundesvorstand zu haben. Aus diesem Grund bin ich beispielsweise Mitglied der Strukturkommission des Kreisverbands München und versuche, einen guten Austausch mit den Bundesarbeitsgemeinschaften aus dem internationalen Bereich zu pflegen. Denn gerade in unseren Kreisverbänden und Bundesarbeitsgemeinschaften wird entscheidende Arbeit für die Weiterentwicklung unserer Politik und die Einbindung und Weiterbildung der Mitglieder geleistet.

Los gehts!

Der beste Weg, die Angst vor einem Berg zu verlieren ist, ihn hinaufzuklettern. Darum lasst uns all die Herausforderungen jetzt anpacken! Denn zusammen können wir etwas schaffen, das mehr Menschen hilft, als uns selbst. **Etwas, das länger bleibt als wir selbst.**

Ich würde mich sehr über eurer Vertrauen freuen. Bei Rückfragen, Anregungen und Kritik meldet euch gerne.

Jamila

Bewerbung: Ricarda Lang



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-Buvo Wahl Bundesvorstand

Liebe Freund*innen,

unsere Gesellschaft ist politisiert wie selten zuvor: Beim Globalen Klimastreik gingen allein in Deutschland über 4 Millionen Menschen für echten Klimaschutz und die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens auf die Straße. Meine Generation, die sich jahrelang anhören musste wie unpolitisch sie doch sei, verschiebt Schritt für Schritt unsere Vorstellung davon, was vernünftig ist. Denn als vernunftgeleitete Politik gilt schon lange nicht mehr, den Status Quo zu erhalten, sich selbst auferlegten Sachzwängen zu unterwerfen und Profite über Menschen zu stellen. Sondern sich den Herausforderungen und Umbrüchen unserer Zeit zu stellen und grundlegende Veränderungen im Sinne der Gerechtigkeit und Freiheit aller Menschen, auch der kommenden Generationen, zu gestalten.

Doch der immer politisierteren Gesellschaft steht eine Bundesregierung gegenüber, die sich so sehr von Ängsten vor der Gegenwart treiben lässt, dass sie nicht mehr in der Lage zu sein scheint, Politik für die Zukunft zu machen. Die Lücke zwischen dem wissenschaftlich Notwendigen sowie dem gesellschaftlich Möglichen einerseits und der politischen Realität andererseits klappt immer weiter auseinander. In dieser Situation kommt uns Grünen eine zentrale Rolle zu. Es liegt an uns, das Vertrauen einer ganzen Generation in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Politik zu erhalten. Und zu zeigen, dass Demokratie in Anbetracht von großen Herausforderungen wie der Klimakrise nicht an Bedeutung verliert. Demokratie beweist gerade dann ihre Stärke, wenn erkannt wird, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht in Stein gemeißelt, sondern veränderbar sind.

Ich möchte meine Erfahrungen aus den sieben Jahren Parteiarbeit und vier Jahren im Bundesvorstand der Grünen Jugend einbringen und mich gemeinsam mit euch – egal ob schon lange mit dabei oder gerade neu dazugekommen – dafür einsetzen, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden.

Die Tage des Patriarchats sind gezählt.

Das Patriarchat ist ordentlich am Wanken. Global stehen Frauen an der Spitze im Kampf gegen Klimakrise und Rechtsruck. Sie kündigen das Einverständnis mit einem fossil-patriarchalen System auf, das unsere natürliche Lebensgrundlage zerstört und Frauen strukturell



*17.01.1994

ricarda.lang@gruene-jugend.de

Twitter: @Ricarda_Lang

Instagram: @ricardalong

Politisches:

2017 - 2019:
Bundessprecherin der
GRÜNEN JUGEND

seit 2015: Mitglieder der
Rechtsextremismuskommision

2015 - 2017: Beisitzerin im
Bundesvorstand der
GRÜNEN JUGEND

2014 - 2015:
Bundessprecherin von
Campusgrün

2014: Kandidatin bei der
Kommunalwahl in
Heidelberg

seit 2012: Mitglied bei den
Grünen

Sonstiges:

Studium der
Rechtswissenschaften an
der Humboldt-Universität
zu Berlin

benachteiligt. Sie werfen damit die Machtfrage auf: Wir schauen nicht mehr länger zu, wie andere über unsere Köpfe hinweg über unsere Zukunft oder unsere Körper entscheiden. Wir wollen nicht nur mitreden, sondern mitentscheiden und nehmen unsere Zukunft selbst in die Hand. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir Grünen die Partei sind, die diesen Impuls in die Parlamente und die politische Debatte tragen.

Damit uns das gelingt, müssen wir Feminismus in unserer politischen Arbeit nach vorne stellen. Vor allem in den letzten zwei Jahren als Sprecherin der Grünen Jugend durfte ich viel darüber lernen, wie wir kommunizieren müssen, um Frauen in ihren konkreten Alltagserfahrungen abzuholen und für feministische Politik begeistern zu können, wie wir frauenpolitische Themen setzen und Debatten anstoßen können. Das möchte ich nun auch noch stärker in die Partei einbringen und bewerbe mich deshalb auf das Amt der frauenpolitischen Sprecherin. Ich will, dass wir im nächsten Jahr an bestehende feministische Kämpfe, wie die Proteste für reproduktive Rechte, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Abschaffung der §§ 219a und 218 StGB, anknüpfen und gleichzeitig selbst Diskussionen anstoßen. Dabei sollten wir den im Grundsatzprogrammprozess erhobenen Anspruch, dass Feminismus sich bei uns durch alle Politikbereiche zieht, weiter mit Leben füllen. Der Zusammenhang zwischen Frauenrechten und Klimaschutz, die Chancen einer feministischen Migrationspolitik oder die Rolle des Feminismus im Kontext der Digitalisierung – all diese Themen möchte ich im nächsten Jahr mit euch in den Kreisverbänden diskutieren, programmatisch weiterentwickeln und in Verbindung mit konkreten Forderungen nach außen tragen.

Dabei ist für mich klar, dass es bei Feminismus um mehr geht als ein paar mehr Frauen in Führungspositionen. Wir wollen an die Strukturen unserer Gesellschaft ran, die Ungleichheit hervorbringen. Unser Feminismus muss auch die alleinerziehende Mutter, die vom Staat alleine gelassen wird, die Geflüchtete, die von Rassismus betroffen ist, die Pflegekraft, die von ihrem Lohn kaum leben kann, die Trans*frau, die pathologisiert wird, und die Frau im Iran, die gegen islamistische Unterdrückung kämpft, im Blick haben und ausnahmslos für ihre Rechte kämpfen. Nur dann können wir das universelle Versprechen der Freiheit und Gleichheit aller Menschen einlösen.

Wir sind mehr als die Summe unserer Körperteile.

Mit meiner Kandidatur will ich auch anderen Frauen Mut machen, sich nicht unterkriegen zu lassen. Seit ich vor zwei Jahren zur Bundessprecherin der Grünen Jugend gewählt wurde, war ich Hass im Netz ausgesetzt. Immer wieder erhielt ich Beleidigungen wegen meines Gewichts, meines Aussehens und meines Geschlechts – und damit bin ich nicht alleine: Rechtsextreme und Frauenhasser haben es sich zum erklärten Ziel gemacht, progressive Frauen aus der öffentlichen Debatte zu verdrängen. Für mich war es vor allem die Solidarität innerhalb der Grünen Partei, die mich davon abgehalten hat, mich zurückzuziehen. Dafür bin ich sehr dankbar und möchte auch deshalb mit und in dieser Partei für Frauenrechte und Demokratie streiten. Diese Bewerbung soll allen Frauen, die sich unsicher fühlen oder sich nicht trauen öffentlich ihre Meinung zu vertreten zeigen, dass niemand das Recht hat, sie auf ihr Aussehen oder ihr Gewicht zu reduzieren. Wir sind so viel mehr als die Summe unserer Körperteile. Und all den Rechten, Antifeministen und Hatern will ich klar machen: Euer Hass wird mich nicht klein kriegen. Er ist für mich Ansporn, jeden Tag weiter zu kämpfen für eine Welt in der Frauen endlich selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können.

Strukturen voranbringen – feministisch und vielfältig.

Schon als junges Mädchen hatte ich oft das Gefühl, aufgrund meines Geschlechts anders behandelt zu werden. Doch ich konnte nicht beschreiben, was mit mir passiert, hatte keine Worte dafür. Erst in der Grünen Jugend habe ich erkannt, dass die Erfahrungen, die ich als Mädchen und Frau in dieser Gesellschaft gemacht habe, kein Zufall und erst Recht nicht meine Schuld sind, sondern dass sie gesellschaftlichen Strukturen entspringen und dass wir uns gemeinsam die Werkzeuge aneignen können, diese Strukturen im Sinne der Emanzipation zu verändern. Dieses Erlebnis hat mir sehr viel Kraft gegeben und ich möchte, dass die Grünen der Ort sind, an dem noch viel mehr Menschen diese Form der Selbstwirksamkeit erleben. Dafür müssen wir gerade als wachsende Partei Strukturen schaffen, evaluieren und verbessern. Lasst uns Frauen ermächtigen, selbst politisch aktiv zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Konkret will ich mich für ein mehrstufiges Frauenförderprogramm stark machen, das Multiplikator*innen auf Bundesebene ausbildet, die Frauenförderung in den Ländern, aber gerade auch in den Kreisverbänden umsetzen können. Außerdem will ich Diskussionsangebote zum Thema Feminismus erarbeiten, die auch unsere feministischen Grundsätze vermitteln und sich insbesondere an kleinere Kreisverbände und Orte im ländlichen Raum richten. Denn Feminismus und Frauenförderung sind nicht auf große Städte beschränkt.

Gleichzeitig will ich, dass unsere Partei vielfältiger wird. Auch dafür müssen wir an unsere Strukturen ran. Denn die Vorstellung, dass alle Menschen dieselben Ausgangsbedingungen haben, ist eine neoliberale Lüge. People of colour, Nichtakademiker*innen oder Menschen mit Behinderung werden in unserer Gesellschaft strukturell Steine in den Weg gelegt. Wenn wir als Partei allen Menschen Partizipation und politische Teilhabe ermöglichen wollen, müssen wir diese Steine aus dem Weg räumen. Mit der Gründung der Arbeitsgruppe Vielfalt ist Gesine als frauenpolitische Sprecherin hier einen extrem wichtigen Schritt gegangen und hat einen Prozess gestartet, in dem ich mich im nächsten Jahr mit einbringen will. Die Arbeitsgruppe setzt sich damit auseinander, wie wir uns aufstellen müssen, um Menschen die gesellschaftlich diskriminiert oder strukturell benachteiligt werden, anzusprechen, einzubinden und sie auch in Führungspositionen sichtbar zu machen, und wie wir eine Willkommenskultur schaffen, die tatsächlich alle einbezieht. In dieser Arbeit steckt viel Potenzial, mehr Perspektiven in die Parteiarbeit einfließen zu lassen und eine Politik des Zusammenhalts in der Gesellschaft der Vielen zu ermöglichen.

Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand.

Wenn wir die Klimakrise stoppen, die Demokratie stärken und Gleichberechtigung schaffen wollen, brauchen wir jede und jeden. In den letzten zwei Jahren sind wir sehr stark gewachsen, doch wir müssen noch viel mehr werden, die sich einbringen, laut werden und sich aus der schweigenden Mehrheit heraus bewegen. Denn wer heute schweigt hilft damit vor allem denen, die wollen dass alles so bleibt wie es ist. Als Grüne müssen wir Bündnisse schmieden, Kämpfe verbinden, unser Verständnis als moderne Bewegungspartei neu ausbuchstabieren und die Handlungsspielräume für progressive Politik nutzen und erweitern.

Vor allem müssen wir auch noch besser darin werden, Menschen mitzunehmen und ihnen zu zeigen, was Politik mit ihnen individuell zu tun hat und warum es sich lohnt, sich politisch einzubringen. Gerade im Europawahlkampf war ich im ganzen Bundesgebiet unterwegs. Immer wieder kamen nach Veranstaltungen Menschen auf mich zu, vor allem junge Frauen, und erzählten mir, dass sie ja nichts mit Politik zu tun hätten, um mir dann genau darzulegen, was sie gerade umtreibt, womit ich sie überzeugt habe und was sie kritisch sehen. Wenn diese Menschen immer noch denken, dass sie nicht politisch seien, dann liegt es nicht daran, dass sie

zu doof sind, sondern daran, dass wir noch nicht gut genug darin sind, klar zu machen, dass Politik nichts ist, was sich nur in Vorstandszimmern und Fraktionssälen abspielt. Politik ist das, was passiert, wenn sich Menschen organisieren, um die Welt um sich herum im Großen wie im Kleinen zu verändern. Demokratie ist nichts, was wir geschenkt bekommen; Demokratie ist etwas, wofür es sich jeden Tag zu kämpfen lohnt.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr mir die Möglichkeit gebt, genau das in den nächsten Jahren im Bundesvorstand zu tun. Ich freue mich auf eure Fragen, Anmerkungen, Kritik und Unterstützung. Nehmen wir unsere Zukunft in die Hand.

Eure Ricarda.

Bewerbung: Michael Kellner



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-Buvo Wahl Bundesvorstand

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich habe zwei große Leidenschaften in der Politik:
Programmarbeit und Wahlkämpfe. Beides steht jetzt an. Ich
bitte daher um Euer Vertrauen, damit ich meine Arbeit als
politischer Geschäftsführer fortführen kann.



Große Aufgaben liegen vor uns: Wir Grüne sind jetzt in
einer historischen Situation, die unglaubliche Kraft unserer
Partei und die Bewegungen in der Gesellschaft politisch wirksam werden zu lassen. Das, was an
neuem Denken, an Innovation, an Lust auf ein besseres, ein solidarischeres Miteinander
vorhanden ist, können wir als Bündnispartei in politische Veränderungen umsetzen.

Wir haben im April 2018 mit einem fulminanten Konvent die Diskussion unseres neuen
Grundsatzprogramms gestartet. Wir hätten uns keinen besseren Zeitpunkt dafür aussuchen
können. Dieser Prozess bietet die perfekte Möglichkeit für alle Mitglieder – neue und alle, die
schon lange dabei sind – gemeinsam an den Werten, die uns einen und den Inhalten, die uns
verbinden, zu arbeiten. Damit es unser gemeinsames Programm wird, möchte ich möglichst
viele einbeziehen und an der Erarbeitung beteiligen. Sei es auf Regionalkonferenzen,
Grundsatzkonventen oder den Diskussionen in den Orts- und Kreisverbänden. Denn aus dieser
programmatischen Arbeit ziehen wir als Partei unsere Kraft.

Wir sehen gerade den größten Verlust von Arten in der Geschichte der Menschheit. Heute
sprechen wir nicht mehr nur von der Klimakrise oder der ökologischen Zerstörung. Nein, wir
erleben sie. Wenn wir jetzt nicht umsteuern, widerfahren uns unkontrollierbare Entwicklungen
im Ökosystem der Erde. Eine solche ökologische Transformation wird nur gelingen, wenn es
dabei sozial gerecht zugeht. Meinen kleinen Teil beizutragen, diese massiven Zerstörungen zu
stoppen, das treibt mich an. Und es kann nur demokratisch geschehen. Alle Bestrebungen,
Demokratie gegen Ökologie zu stellen, sind ein gefährlicher Irrweg. Es ist unsere grüne
Aufgabe, Demokratie und Grundrechte zu verteidigen und dabei keinen Fußbreit Platz zu lassen
für alte und neue Nazis.

In einer gelungenen Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und der Netzbegründung haben
wir die Parteiarbeit digitalisiert. Mit Antrags- und Beteiligungsgrün, mit dem neuen grünen Netz
und unserer Wahlkampf-App sind wir heute on- und offline aktiv. Den unglaublichen
Mitgliederboom, der uns viel Kraft und neue Impulse gibt, bewältigen wir organisatorisch so gut,
weil wir uns alle rechtzeitig darauf vorbereitet haben.

Als Partei befinden wir uns aber trotzdem in einem Zwischenstand. Unsere Finanzen und
Strukturen spiegeln die Möglichkeiten einer 8,9-Prozent-Partei. Mit einem Viertel ihrer Mitglieder
und einem Drittel ihres Etats nehmen wir es heute mit vormaligen Volksparteien auf. Wir haben
deshalb einen Prozess gestartet, um die Strukturen der Bundesgeschäftsstelle und der Partei
auf die neue Situation anzupassen. Jetzt haben wir die Chance, den nächsten Schritt unserer
Parteientwicklung zu gehen und uns dauerhaft deutlich oberhalb von 10 Prozent festzusetzen.
Wir haben die einzigartige Chance, als Bündnis der Vielen eine Partei für morgen zu schaffen.

Keine abgehalfterte Volkspartei, sondern eine Bündnispartei, die offen für neue Ideen und gleichzeitig ernsthaft, professionell und verbindend ist.

Als Team im Bundesvorstand und mit der großartigen Bundesgeschäftsstelle im Rücken haben wir dieses Jahr zur Europawahl den erfolgreichsten bundesweiten Wahlkampf der Parteigeschichte geführt. Wir sind die größte Hoffnung für das progressive Lager mit Ausstrahlung über Deutschland hinaus. Das macht nicht zuletzt unser Ergebnis als zweitstärkste Kraft bei der Europawahl deutlich. Das ist für mich Herausforderung und Ansporn für die Bundestagswahl.

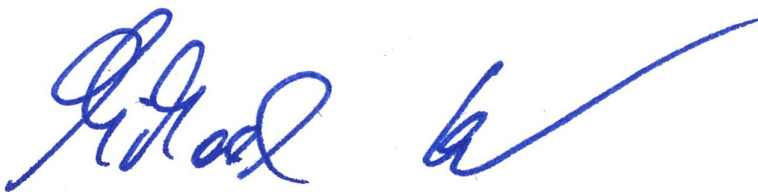
Denn egal, wann die Bundestagswahl stattfindet, der neue Bundesvorstand ist derjenige, der sie begleitet. Mein erster Wahlkampf war 1998, damals als Praktikant im Kreisverband Potsdam. Seitdem liebe ich Wahlkämpfe. Wir verteilten Kohlköpfe, weil wir nach den bleiernen Jahren unter Kohl endlich einen neuen Aufbruch wollten. Der Aufbruch gelang. Wir haben die rot-grüne Regierung geprägt, obwohl wir die deutlich kleinere Partei waren. Heute haben wir eine neue Rolle. Als Partei auf Augenhöhe mit den ehemaligen Volksparteien bekommen wir einen großen Vertrauensvorschuss. Den wollen wir einlösen.

Wir sind als Grüne parlamentarische Kraft und Bewegungspartei. Meine Agenda war und ist, Bündnispartner*innen zu gewinnen. Mir ist ein gut funktionierender Gesprächskanal zu den Gewerkschaften sehr wichtig, denn sie sind Verbündete im Kampf gegen wachsende Ungleichheit. Jetzt gilt es, den Brückenschlag zur neuen Klimabewegung belastbar und dauerhaft zu gestalten, wohlwissend um die unterschiedlichen Rollen, doch getragen von einem gemeinsamen Ziel. Und wir müssen weiterhin mit Bewegungen wie #unteilbar und #MeToo zusammenarbeiten, weil erst dieses Bündnis der Vielen uns zu einer Bündnispartei mit Gestaltungsanspruch macht.

Liebe Freundinnen und Freunde, in den kommenden zwei Jahren möchte ich mit Euch zusammen ein neues Grundsatzprogramm auf der Höhe der Zeit beschließen. Und ich will mit Eurer Unterstützung den nächsten Bundestagswahlkampf organisieren und mit Euch so jubeln wie am Abend der Europawahl.

Euer

Michael



Bewerbung: Marc Urbatsch



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-Buvo Wahl Bundesvorstand

Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,

vor rund einem Jahr habt ihr mich in dieses spannende Amt gewählt. In den letzten 12 Monaten Bundesschatzmeister gewesen sein zu dürfen, kann man nur als Privileg bezeichnen. Gerne würde ich diese Arbeit fortsetzen.

Die nach meiner Wahl unmittelbar anstehenden Herausforderungen konnten wir gut meistern und die Europawahl war natürlich ein überragender Erfolg! Finanziell sind wir mit einer Überziehung des Wahlkampfbudgets von nur 10 % im Rahmen geblieben. Dabei ist es uns gelungen, die durch das Mitgliederwachstum absehbaren Mehreinnahmen gleich in den Wahlkampf zu investieren. Das Team der Bundesgeschäftsstelle hat sich dabei als äusserst budgettreu erwiesen, was mir meinen Einstieg sehr erleichtert hat.

Mit den Mehreinnahmen aus der Europawahl ist es uns, gemeinsam mit dem Bundesfinanzrat, gelungen, einen soliden Grundstein für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf zu legen.

Die Erhöhung des Wahlkampfbudgets von 6 auf 10 Mio. € hat den Ländern zwar einiges an Solidarität abverlangt - das einstimmige Votum zeigt einmal mehr, dass wir alle an einem Strang ziehen. Dafür bin ich äußerst dankbar.

Einige Herausforderung für die nächsten zwei Jahre zeichnen sich bereits heute ab. Wir sind nun seit 20 Jahren in unserer Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Das Haus ist dabei natürlich in die Jahre gekommen. Mein Ziel ist es, die CO2 Einsparpotenziale zu heben und das Haus technisch auf den aktuellen Stand zu bringen.

Zusammen mit der Netzbegrünung sind wir dabei eine Genossenschaft zu gründen, die sich mit grünen IT-Belangen auseinandersetzt und zum zentralen Dienstleister für Partei und Fraktionen werden soll. Die Genossenschaft so aufzustellen, dass sie unseren Vorstellungen von Transparenz und demokratischer Einbindung in die Partei entspricht, primär aber das tun kann wofür wir sie gründen - nämlich uns den Weg durch das digitale Zeitalter zu weisen - wird vornehmlich eine Aufgabe der nächsten Wochen und Monate werden.

Und natürlich muss man bei der miserablen Performance der Großen Koalition jederzeit auf alles vorbereitet sein.

Solltet ihr im Vorfeld der BDK Fragen haben, meldet euch gerne bei mir. Es würde mich sehr freuen, an diesen Projekten weiter zu arbeiten. Dafür werbe ich um Euer Vertrauen und Eure Stimme.



marc.urbatsch@gruene.de

- 43 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder,
- Mitglied bei Bündnis 90/ Die Grünen seit 2005
- Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses Berlin-Mitte von 2007 bis 2011
- Landesschatzmeister Berlin von 2007 bis 2016
- Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte von 2011 bis 2016
- Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses von 2016 bis 7/2019

Lieben Gruß

Marc

Bewerbung: Annalena Baerbock



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-Buvo Wahl Bundesvorstand

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich bei Euch darum, auch in den kommenden zwei Jahren Eure Bundesvorsitzende sein zu dürfen. Zugleich möchte ich Euch von Herzen für die letzten beiden Jahre danken.

Wir haben – aufbauend auf der jahrelangen Arbeit von Vielen – drei Dinge erreicht, die ich gerne gemeinsam mit Euch ausbauen möchte:

- Ein starkes und solidarisches Miteinander,
- ein Ausgreifen in die Breite der Gesellschaft als Bündnispartei
- und politische Angebote, die gleichermaßen lebensnah, ambitioniert und umsetzbar sind.

Miteinander

Ob Kommunal-, Landtags- oder Europawahl - in zahlreichen Wahlkämpfen der letzten Monate haben wir nicht nur mit Leidenschaft und klarer inhaltlicher Linie gepunktet, sondern vor allem mit einer nahbaren Politik und einem starken Miteinander. Einem Miteinander, das unsere Vielfalt, die wir seit 40 Jahren leben, als Stärke begreift. So großartig unsere Erfolge bei der Europawahl, in den Kommunen sowie in Bayern und Hessen waren, so sehr haben mich persönlich die Landtagswahlkämpfe in Brandenburg, Sachsen und Thüringen berührt. Nicht nur, weil ich selbst dort lebe und weiß, wie hart es in den letzten Jahren war und auch immer noch ist, überall im Land sichtbar zu sein. Sondern weil ich einen solch solidarischen Wahlkampf, in dem unsere ganze Partei zusammen um jede einzelne Stimme gekämpft hat, noch nie erlebt habe. Egal, ob ich in Plauen, Wittstock oder Illmenau auf den Marktplatz kam – ein Mitglied aus München, Köln und Düsseldorf, Heidelberg und erst recht von der Grünen Jugend war auf jeden Fall schon da. Der Gedanke, der seit den 90ern in unserem Namen steckt, aber lange zu wenig Beachtung fand, den haben wir in diesem Jahr zu neuem Leben erweckt: Politische Ziele im Bündnis umzusetzen.

Bündnis der Vielen

An diesem Bündnis will ich weiter bauen. Denn die Herausforderungen, vor denen unser Land steht – der ökologische und digitale Umbau, Rechtsextremismus, der Abbau der Ungleichheit – sind zu groß und zu drängend, als dass wir sie als Partei alleine lösen könnten. Wir müssen im hier und heute verändern und dafür braucht es auch bei hohen Zuspruchswerten am Ende



38 Jahre alt und wohnhaft in Potsdam ++ Mutter zweier Kinder ++ Völkerrechtlerin, LL.M. ++ seit 2018 Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ++ seit 2013 Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg ++ Mitglied im Parteirat von 2012 bis 2015 ++ Landesvorsitzende in Brandenburg von 2009 bis 2013 ++ Mitglied im Vorstand der Europäischen Grünen Partei von 2009 bis 2012 ++ Sprecherin der BAG Europa von 2008 bis 2013 ++

Mehrheiten im Parlament. Ja, unser Einsatz für Klimaschutz wird getragen von Schülerinnen und Schülern auf der Straße, von wagemutigen Unternehmer*innen, weitsichtigen Gewerkschaften, Bäuerinnen und Imkern, Ingenieuren und Forscherinnen, Pastorinnen und Umweltaktivisten, Denkerinnen und Dichtern. Aber um wirklich zu verändern, brauchen wir auch den Stahlarbeiter, die Pendlerin und andere von der Transformation direkt Betroffene, die bisher unserer Politik eher kritisch gegenüberstehen. Nicht alle, aber möglichst viele.

Weil wir hier leben

Bei all den großen Fragen unserer Zeit ist mir wichtig, dass wir das scheinbar Alltägliche nicht aus dem Blick verlieren. Dass man vom Dorf nicht in die Stadt kommt, weil es keinen Bus mehr gibt, den Alltag in der Kita, den Hautarzttermin, auf den man ein Jahr warten muss, die Nachbarin, die nur selten zu ihrer Enkelin fahren kann, weil sie sich das landkreisübergreifende Ticket nicht leisten kann. „Weil wir hier leben“ war für mich nicht nur eine sehr gelungene Kampagne von Tausenden unserer Kommunalas, sondern ist Verpflichtung für uns als Partei und gerade auch für den kommenden Bundesvorstand, die staatliche Infrastruktur, die sozialen Aufgaben in Dörfern und Städten und die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken. Wenn Frauen, die Schutz vor ihrem gewalttätigen Ehemann suchen, keinen Platz im Frauenhaus bekommen, wenn Spielplätze gesperrt werden, weil die Stadt in der Haushaltssicherung ist und die Schaukel nicht reparieren kann, wenn sich in einer Schule die „Hitlerjugend“ gründet, dann kann man die Kommunen nicht allein damit lassen. Dann ist auch Landespolitik und der Bund gefragt. Ich will, dass wir als Partei daran arbeiten, diese Blockaden in unserem föderalen System zu lösen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Nord und Süd, in Ost und West zu verwirklichen.

Verändern statt nur Versprechen

Die Wahl in Thüringen hat unterstrichen, wie sehr die demokratische Landschaft im Umbruch ist. Wie stark sich die Polarisierung verhärtet. Die Angst vor Neuem nimmt zu und wird in Filterblasen geschürt. Und das in einer Zeit, in der sich so viel verändern muss, um Halt zu geben, um zu einem gerechten und nachhaltigen Wohlstand zu kommen. Das wird uns als Partei der Veränderung noch gehörig fordern.

Aber wer versucht, dem Wiedererstarken von Populismus und Nationalismus mit einer weitgehenden Veränderungsstarre zu begegnen, kommt nicht weit. Wer sich auf die Verwaltung des Status quo beschränkt, überlässt in einer vernetzten Welt die gestalterische Macht der globalisierten Wirtschaft und autoritären Regimen.

Die Überzeugung, dass unsere Zukunft gestaltbar ist, braucht es gerade in einer Zeit, in der die Versprechen von einfachen Lösungen immer lauter werden. Einfache Lösungen gibt es nicht. Weder in der Außenpolitik noch in der Klima- oder Wirtschaftspolitik. Gute Politik ist anstrengend. Sie macht Fehler. Sie braucht Kompromisse. Gute Politik gibt es nur in den Grenzen der freiheitlichen Demokratie.

Das gilt vor allem für unser Kernfeld der Klimapolitik: Egal, ob beim weiteren Ausbau der Windkraft, dem Recycling von Elektrobletten oder einer Wasserstoffstrategie. Mit Überschriften und großen Worten kommen wir nicht weiter. Wirksame Klimapolitik heißt, das Problem an der Wurzel zu packen und mit realistischen Vorschlägen unser Wirtschaftssystem zu ändern. Daher bin ich wirklich stolz darauf, dass wir auf diesem Parteitag gemeinsam als Partei mit den BAGen, den Landesminister*innen und der Bundestags- und Europafraktion ein

umfassendes Paket zur Klimaneutralität unserer Industriegesellschaft vorlegen, mit dem wir nicht nur fordern, sondern sehr konkret und konsequent sagen, wie es gehen kann.

Standhaft bleiben

Zugleich ist klar: Je erfolgreicher wir werden, desto härter wird der Gegenwind. Wir kennen das schon aus der Vergangenheit. So wie die Generation, auf deren Schultern wir stehen, den Atomausstieg, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Biosiegel, die eingetragenen Lebenspartnerschaften, ein neues Staatsbürgerrecht oder das „Nein“ gegen den Irakkrieg durchgesetzt hat, müssen wir jetzt beweisen:

Wir setzen um. Auch wenn es unbequem wird.

Gerade wenn uns der Wind direkt ins Gesicht bläst: Lassen wir uns nicht verunsichern. Lasst uns gerade dann umso stärker in das direkte Gespräch gehen. Lasst uns reflektiert und konstruktiv bleiben und dennoch zu unseren Werten und Konzepten stehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, vor zwei Jahren auf dem Parteitag, stand auf der Leinwand unseres Parteitages: "Und das ist erst der Anfang". Wir als Partei haben das nicht nur versprochen, sondern ich glaube auch geliefert. Und ich verspreche Euch, wenn Ihr Robert und mir die Chance dazu gebt: Wir haben noch lange nicht fertig.

Ich bitte um Euer Vertrauen.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, reading "Annalena". The script is cursive and fluid, with the first letter 'A' being large and prominent. The signature is written on a plain white background.

Bewerbung: Robert Habeck



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-Buvo Wahl Bundesvorstand

Bewerbung für die zweite Halbzeit

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

vor zwei Jahren schuf unser Parteitag einen besonderen Moment. Noch bevor Ihr den neuen Bundesvorstand wählte, schwappte aus der Mitte der Versammlung eine Energie, eine Erwartung, eine Botschaft nach vorn und auf die Bühne: „Macht keinen Bullshit! Beschäftigt Euch nicht mit Euch selbst, sondern sammelt unsere Kraft und repräsentiert sie! Haltet keine grünen Selbstgespräche ab, sondern schafft Dialog, neue Sprache, neue Debatten. Und schafft Mehrheiten für unsere Politik.“ Und das haben wir – habe ich – versucht, so gut es ging. Nicht alles gelang, ich habe Fehler gemacht, das Wahlergebnis in Thüringen blieb unter den Erwartungen und hat gezeigt, dass wir noch eine gute Wegstrecke vor uns haben, aber unter dem Strich waren es phantastische zwei erste Jahre als Euer Parteivorsitzender. Die Zusammenarbeit mit allen Gremien und Ebenen, im Bundesvorstand und speziell mit Annalena waren von einem ehrlichen Vertrauen geprägt. Landesminister*innen suchten früh die gemeinsame Abstimmung mit uns und andersrum, die Kolleg*innen in der Fraktion teilten ihr Wissen, ihre Ideen großmütig, in den Wahlkämpfen in Ostdeutschland wuchs die Partei nochmal anders zusammen, weil wir die Wahlkämpfe zu gesamtgrünen gemacht haben. Wenn Fehler unterliefen, gab es stets Solidarität. Und so sehr wir mit Leidenschaft bei der Sache sind, über allem stand die Loyalität für die gemeinsame. Diese Geschlossenheit ist etwas Kostbares, etwas, das stets neu erarbeitet werden muss. Aber wir haben bewiesen, dass wir es können.

Wir haben den schmalen Grat zwischen Verantwortung und Engagement, zwischen Idealismus und Pragmatismus ausbalanciert, das Ziel zu sehen und den Weg konsequent und konkret zu beschreiben. Wir haben Erwartungen und Hoffnungen geweckt, und sehen uns jetzt, in einer Phase, in der die deutsche Parteiendemokratie neu formatiert wird, mit einem Anspruch konfrontiert, der größer nicht sein könnte. In dem Maße, wie sich das Parteiensystem neu sortiert und Parteien, die lange und verlässlich für Sicherheit und Stabilität standen, mit sich selbst beschäftigt sind, in dem Maße kommt uns eine neue, größere Verantwortung zu. Heute sind wir gefragt, gesellschaftliche und politische Bündnisse anzuführen.

Dank der jahrelangen und intensiven Arbeit von so vielen Menschen in Kommunen, Ländern, Parlamenten und Arbeitsgemeinschaften, dank ihres Engagements fürs Ganze, sind wir inzwischen zur orientierungsgebenden Partei geworden, die für eine Politik des Möglichmachens



2002-2004
Kreisvorsitzender in
Schleswig-Flensburg
2004-2009
Landesvorsitzender in
Schleswig-Holstein
2008-2009
Fraktionsvorsitzender im
Kreistag Schleswig-
Flensburg
2009-2012
Fraktionsvorsitzender im
Landtag Schleswig-
Holstein
2012-2017 Minister für
Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt,
Ländliche Räume in
Schleswig-Holstein
2017-2018 Minister für
Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt,
Digitalisierung in
Schleswig-Holstein
Seit 2018
Bundesvorsitzender

wirbt. Wir wollen dem Land eine Richtung weisen. Und wir müssen den Erwartungen entsprechen. Heute stehen wir für die Grundsätze der republikanischen Verfasstheit ein, wir stehen in der Tradition einer deutschen Politik, die Europa weiter einen will und weiß, dass das notwendig Solidarität und auch Übertragung von Souveränität bedeutet. Entsprechend dürfen wir uns nicht ausruhen. Wir müssen außen- und sicherheitspolitisch den Kompass eichen und unseren Beitrag für eine europäische Handlungsfähigkeit leisten und die soziale Marktwirtschaft neu justieren und zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft umbauen, die den Verbrauch von Ressourcen und Energien von Wohlstand und Freiheit entkoppelt, so dass Märkte den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Und über allem steht die Klimakrise, die kaum ein Politikfeld mehr unverändert lässt.

Politik muss ihre Handlungsfähigkeit beweisen. Das vor allem wird darüber entscheiden, ob wir den Rechtstextremismus und den politischen Populismus im Zaum halten können. Ob Menschen unserer freiheitlich- demokratischen Grundordnung mehr Vertrauen schenken als autoritären Regimen.

Die alten nationalen wie internationalen Ordnungen lösen sich auf. Die alten Antworten reichen nicht mehr an die neuen Probleme heran. Neue Antworten nicht nur zu geben, sondern mehrheitsfähig zu machen und ein politisches Mandat zu erringen, sie auch umzusetzen, das ist unsere Aufgabe. Die Zeit der Unordnung zu einer Zeit der Demokratie zu machen!

Wir haben uns auf den Weg gemacht. Wir haben unseren Plan für einen weitreichenden, machbaren Klimaschutz vorgelegt. Wir haben ein Konzept erarbeitet, wie wir die dringend nötigen Investitionen in diesem Land stemmen und die Schuldenbremse dafür zeitgemäß reformieren. Wir haben Vorschläge gemacht, wie wir die drohende strukturelle Krise der Wirtschaft überwinden und nachhaltigen Wohlstand schaffen. Wir haben den Weg zu einer europäischen föderalen Republik beschrieben, ein neues Sozialsystem jenseits von Hartz IV und Riesterrente entworfen, wir nennen konkrete Schritte, mit denen sich das Recht auf Wohnen verwirklichen lässt.

Aber wir sind längst nicht fertig. Unser neues Grundsatzprogramm, das die Rolle unserer Partei neu beschreiben soll, hat einen Umriss gefunden, ist aber noch nicht ausbuchstabiert. Die Arbeit an Sicherheits-, Wirtschafts-, und Steuerkonzepten wollen wir intensivieren, unsere Politik europäisch denken und verankern, internationale Kontakte suchen und ausbauen und schließlich gut gerüstet in den Bundestagswahlkampf ziehen.

Dies ist nicht mehr der Anfang, wie es vor zwei Jahren als Motto über dem Parteitag prangte, aber wir sind noch nicht am Ziel. Wir haben eine gute Vorrunde gespielt, die Hauptrunde beginnt jetzt. Und es wird eine harte Runde werden. Schon hat die Härte zugenommen. Aber was stärker zugenommen hat, ist unsere Solidarität, ist unsere Geschlossenheit.

Die Sehnsucht nach Aufbruch hat uns vor zwei Jahren beflügelt. Ihr habt uns, auch mir, das Vertrauen ausgesprochen, ihr ein Gesicht und Stimme zu geben. Jetzt kommt die Bewährung. Hiermit bewerbe ich mich für eine zweite Amtszeit, zwei weitere Jahre, um das, was Annalena und ich vor zwei Jahren begonnen haben, gemeinsam zu Ende zu bringen. Und aus Hoffnung Realismus zu machen!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Habeck', located in the upper left quadrant of the page.

Bewerbung: Max Marckart

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Hallo liebe Mitstreiter,

hiermit möchte ich als Kandidat für den Parteirat kandidieren. Ich bin der Meinung, dass sich etwas in der Politik in unserem Land ändern muss, angefangen in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Außerdem stehe ich für eine Verbesserung des Pflege- und Gesundheitssystems, durch z.B. besseren Bedingungen für Gesundheits- und Pflegeberufe, denn es muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch eine gute und gesicherte Versorgung erhält. Ich möchte nun im Parteirat neue Ideen und "frischen Wind" als junger Mensch reinbringen, Denn ich bin der Meinung, dass auch vielmehr die jungen Leute gehört werden sollten, da diese auch in Zukunft in einer Welt leben möchten, die z.B. nicht durch Stickoxide belastet ist.

Durch meine Ausbildung als Fachkraft für Abwassertechnik konnte ich viel Wissen in Sachen Umweltschutz gewinnen.

Ich freue mich über eure Stimme.

Freundliche Grüße

Max Marckart



Geboren am 14.03.1993 in Winsen/Luhe.

Aufgewachsen in Seevetal (Landkreis Harburg).

2010 Realschulabschluss in Seevetal/Hittfeld

2011 - 2014 Ausbildung als Fachkraft für Abwassertechnik

2015 Weiterbildung als Rettungssanitäter

seit 2017 Vollzeit als Rettungssanitäter in Celle beschäftigt.

seit 2019 Mitglied in der Partei im KV Celle

Bewerbung: Omid Nouripour



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

aus großer Kraft folgt große Verantwortung. Und mit jedem Grünen Wahlerfolg wachsen die Erwartungen an uns, machbare Antworten zu geben auf die großen und wichtigsten Fragen unserer Zeit: die Klimakrise, die mannigfaltigen Angriffe auf unsere Demokratie, die gesellschaftliche Spaltung oder die Erosion der internationalen Ordnung. Diese Herausforderungen sind gewaltig. Doch gerade um hierfür Antworten und Lösungen zu finden, ist unsere Partei gegründet worden.

Die Intensität, die Schlagzahl und die Geschwindigkeit dieser Krisen ist heute eine andere. Die Digitalisierung des Alltags und der Weltwirtschaft hat auch die Krisen digitalisiert. Deshalb braucht es andere Instrumente und schnellere Reaktionszeiten als zuvor. Und wir sind diejenigen, die den Mut aufbringen, diese Antworten zu geben. Wir wissen, dass Klimaschutz ohne eine echte Energie-, Agrar- und Verkehrswende nicht geht, dass Demokratie ohne Vielfalt nicht existieren kann, dass der soziale Zusammenhalt ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht funktioniert und dass Stahl keinen Frieden schafft.

Wir Grüne haben in unserer Geschichte viel erreicht, wir haben dieses Land grundlegend verändert. Wir haben in der Gesellschafts- wie auch in der Energiepolitik internationale Standards gesetzt. Ohne uns gäbe es keinen Atomausstieg, kein Gewaltschutzgesetz, wäre das Staatsbürgerschaftsrecht des Kaisers noch gültig und eine Angleichung der Rechte von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften undenkbar. Und wir haben noch viel mehr vor.

Erreicht haben wir dies nicht nur mit klugen grünen Ideen, sondern auch mit Mut. Dem Fatalismus des Zeitgeistes zu verfallen, ist keine Option. Denn Angst streuende Kräfte des Rückschritts gibt es in diesem Land genug. Furcht ist der Pfad zur dunklen Seite, Furcht führt zu Wut, Wut führt zu Hass, Hass führt zu unsäglichem Leid, dass dürfen wir nicht akzeptieren. Einen kleineren Anspruch gab es für die Grünen der ersten Stunde nicht und den wird es auch für unsere Generation nicht geben können.

Ich bewerbe mich um einen Platz im Parteirat und bitte Euch dafür um Euer Vertrauen.

Euer



Persönlich:

- 1975 in Teheran geboren
- verheiratet, 2 Kinder
- u.a. Studium der deutschen Literatur und Rechtswissenschaft (ohne Abschluss)

Politisch:

- Grünes Mitglied seit 1996
- 1999 - 2003 Vorsitzender der Grünen Jugend Hessen und Mitglied im Landesvorstand
- 2002 - 2009 Sprecher der BAG Migration und Flüchtlinge
- 2002 -2006 Mitglied im Bundesvorstand
- Seit 2006 MdB, derzeit außenpolitischer Sprecher

Omid Nouripour

Bewerbung: Anne Spiegel



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Parteirat ist das Gremium, in dem GRÜNE unterschiedlicher Ebenen und Handlungsfelder zusammenkommen. Als grüne Ministerin für Familien, Frauen, Jugend Integration und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz möchte ich dazu beitragen, dass wir unsere Politik gut aufeinander abstimmen und gemeinsam erfolgreich voranbringen.

Wir GRÜNE stehen offensiv und konsequent für Themen wie Klimaschutz, Artenvielfalt und eine Mobilitätswende. Wir werden gebraucht, wenn es um den Schutz des globalen Klimas geht und wir sind die Partei, die für ein gesellschaftliches Klima eintritt, in dem ein gutes Zusammenleben gelingen kann. Wir streiten gemeinsam für Gleichberechtigung, Vielfalt, eine moderne Familienpolitik und eine Integrations- und Flüchtlingspolitik, die sich trotz und gerade wegen der aufgeheizten Stimmung ihren humanitären Kompass bewahrt. Wir wollen und wir werden weiter couragiert Haltung zeigen, wenn es gilt, unsere offene bunte Gesellschaft gegen die Hetze und Stimmungsmache der Rechten zu verteidigen.

Für die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung braucht es starke GRÜNE, weil wir die Partei sind, die schon immer für die Überwindung veralteter Rollenbilder kämpft. Frauen gehört die Hälfte der Macht und gleiche Teilhabe. Gleiche Anerkennung und gleiche Bezahlung sind unsere Ziele. Es muss selbstverständlich sein, dass Frauen Karriere machen und eine Familie gründen – und es bleibt unsere politische Aufgabe die Rahmenbedingungen dafür weiter zu verbessern. Mit der Kampagne gegen Sexismus, die ich als Frauenministerin initiiert habe, konnte ich viele prominente Mitstreiter*innen gewinnen. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, die gesellschaftlichen Strukturen zu überwinden, die Sexismus ermöglichen und in denen Frauen ausgenutzt, diskriminiert und missbraucht werden.

Wir GRÜNE stehen für einen weiten Familienbegriff: Familie ist überall dort, wo Menschen verbindlich Verantwortung füreinander übernehmen – ganz gleich ob mit oder ohne Kinder, verheiratet oder nicht, gleichgeschlechtlich, alleinerziehend oder in Patchwork leben: alle Familien sollen bestmögliche Unterstützung erfahren!

Wir GRÜNE sind die Partei, die für eine verantwortliche Politik steht – für eine Gesellschaft und für eine Welt, in der die Kinder von heute und die kommenden Generationen gut leben können. Dazu gehört, dass wir uns mit Kinderarmut nicht abfinden und die Kindergrundsicherung



1999 bis 2002
Landesvorstand GJ RLP,
davon zwei Jahre als
Vorstandssprecherin
2001 bis 2006 Mitglied des
Parteirats GRÜNE RLP
2002 bis 2004 GJ-
Bundesvorstand
2005 VN-Jugenddelegierte
2011 bis 2016 MdL,
Sprecherin für Frauen,
Integration, Migration und
Flüchtlingspolitik und
stellv. Fraktionsvorsitzende
2014 bis 2016 Mitglied im
Stadtrat Speyer
Seit Mai 2016 Ministerin
für Familie, Frauen,
Jugend, Integration und
Verbraucherschutz
Seit Dezember 2018
Mitglied des Erweiterten
Landesvorstands GRÜNE
RLP

fordern, dazu gehört unser Einsatz für den Klimaschutz und dazu gehören unsere Konzepte für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

Vor uns liegen große Herausforderungen, aber auch Chancen: Für die kommenden Wahlen in den Ländern und im Bund möchte ich mit daran arbeiten, dass die wachsende Zustimmung für grüne Politik in einem guten Wahlergebnis sichtbar wird. Dabei kommt es entscheidend auf die Einbeziehung der Landesverbände an und auf die Arbeit in unseren Kreis- und Ortsverbänden.

Wachsender Zuspruch bei Wahlen und Wachstum an der Basis gehören zusammen. Es freut mich, gerade in jüngster Zeit zunehmend neuen GRÜNEN Mitgliedern in den Kreis- und Ortsverbänden zu begegnen, die sich für unsere Politik engagieren und gemeinsam politisch gestalten wollen. So haben wir es geschafft, bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz erstmals in drei Städten stärkste politische Kraft zu werden. Auch bei den Wahlen in der Fläche und in den Verbandsgemeinden konnten wir kräftig zulegen.

Wir sind die Partei mit den Antworten auf die wichtigsten Fragen unserer Zeit. Wir sind die Partei, die Verantwortung übernimmt, vorangeht und Lösungen präsentiert wo andere nur zögern. Wir sind die Partei, die Haltung zeigt und sich für den Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft stark macht.

Dafür möchte ich mich einsetzen – auch als Mitglied des Parteirats – mit offenem Ohr, mutigem Herz und mit einem klaren grünen Profil. Gemeinsam mit euch möchte ich daran arbeiten, die Welt in der wir leben, noch grüner, bunter, toleranter und weiblicher zu machen! Hierfür bitte ich euch um eure Unterstützung.

Eure Anne

Bewerbung: Ska Keller



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

Vor einem halben Jahr haben wir bei der Europawahl unser bisher bestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl erreicht. Statt wie bisher 11 haben wir jetzt 21 Grüne aus Deutschland in der europäischen Fraktion. Was für ein Riesenerfolg! Darauf können wir gemeinsam echt stolz sein. Auch in anderen Ländern konnten wir große Erfolge feiern, so dass wir jetzt 75 (vorher 51) Abgeordnete aus 16 Ländern in der Fraktion haben. So groß war die Fraktion noch nie!

Jetzt gilt es, den Wahlerfolg in grüne Politik umzuwandeln, und zwar für ganz Europa. Das ist nicht ganz einfach, weil wir nach wie vor nicht die Mehrheit im Europaparlament haben und die politische Realität in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist. Dabei gilt: Nur gemeinsam sind wir stark. Das gilt für Europa aber auch für die Grünen in Europa.

Trotz aller Herausforderungen haben wir es in der Vergangenheit kontinuierlich geschafft, die grüne Position in europäische Gesetzgebung umzusetzen. Jetzt wächst mit der gesteigerten Zahl an Abgeordneten auch unser Einfluss. Das wollen wir nutzen: für mehr Klima- und Artenschutz, für soziale Gerechtigkeit und für Demokratie und Menschenrechte!

Und da gibt es jede Menge zu tun: die aktuell vorgeschlagene Reform der Landwirtschaftspolitik konterkariert die Klimaziele und Artenschutz. Grundlegende Dinge wie das Retten von Menschen aus Seenot sind nicht mehr selbstverständlich. Bei der Digitalisierung hängt Europa hinterher, Grundrechte stehen unter Beschuss und bei drängenden Fragen der Außenpolitik können sich die Mitgliedstaaten nicht einmal auf die Einhaltung bereits bestehender Regeln bei Waffenexporten einigen. Europa braucht dringend eine starke grüne Stimme und braucht dringend grüne Erfolge.

Für erfolgreiche grüne Politik in Europa brauchen wir aber auch die Vernetzung über alle Ebenen. Was im Bundestag passiert, hat direkte Auswirkungen auf die Positionsfindung in Brüssel und andersherum. An einem stetigen Austausch müssen wir kontinuierlich arbeiten. Ein wichtiger Teil davon ist, die Europafraktion und -delegation gut an die Parteigremien anzubinden. Um diese Vernetzung weiterhin zu garantieren, möchte ich erneut für den Parteirat kandidieren.

Ich würde mich sehr über eure Unterstützung freuen!



Geb. am 22.11.1981 in W.-P.-St. Guben

Seit 2002 Mitglied bei B90/Grüne

Ehemals BuVo Grüne Jugend, Landesvorsitzende Brandenburg u.a.

Seit 2009
Europaabgeordnete

Europäische grüne Spitzenkandidatin 2014 und 2019

Deutsche Spitzenkandidatin 2019

Seit 2016
Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA -Fraktion im Europäischen Parlament

@SkaKeller

Ska

Ska Keller

Bewerbung: Felix Banaszak



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser von tiefen Umbrüchen geprägten Zeit - politisch, gesellschaftlich, ökologisch und wirtschaftlich - kommen auf uns GRÜNE enorme Erwartungen, Herausforderungen und Chancen zu. Ich bewerbe mich **das erste Mal für den Parteirat**, weil ich mich bei den anstehenden programmatischen und strategischen Debatten für den gemeinsamen Erfolg einbringen will.

Nicht erst seit der Wahl in Thüringen wissen wir, dass sich unser Parteiensystem tiefgreifend wandelt. Die Erosion der sogenannten Volksparteien, der massive Angriff auf Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde von rechts, die Orientierungslosigkeit von Union und SPD in der Reaktion darauf, die Irrfahrt einer sich immer nationalliberaler gebenden FDP und eine LINKE, die nicht weiß, wie sie ihre innere Spaltung überwinden soll: **Der Satz, dass es auf uns GRÜNE ankommt, war wohl selten weniger Phrase als jetzt.** Es gibt das große Bedürfnis nach einer Politik, die die tiefgreifenden Herausforderungen mit Ernsthaftigkeit, Tatendrang, Zuversicht und Kreativität angeht - und dieses Bedürfnis äußert sich auch in ganz neuen Erwartungen uns GRÜNEN gegenüber.

Denn viele Zukunftsfragen - die Bewältigung der Klimakrise, die Umsetzung einer ambitionierten Verkehrswende, ein Ende des Wohnungsmangels, die Verteidigung von Freiheitsrechten und demokratischen Werten, die sozial-ökologische und digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts - sind in den letzten Jahren drängender geworden. Unsere Stärke liegt darin, diese Zukunftsfragen beständig zu thematisieren. **Aber die nötigen Lösungen ergeben sich nicht allein aus Worten. Sie bedingen mutiges Handeln.** Wir wissen, dass wir als GRÜNE nur so stark sind, wie die gesellschaftlichen Bündnisse, die uns tragen. Ich meine, dass wir die Verankerung in den sozialen und ökologischen Bewegungen zurecht wieder gestärkt haben und weiter stärken sollten.

Als **Bündnis-, Mitmach- und Unterwegspartei** ist es uns so gelungen, die Radikalität unserer Ziele mit einer neuen Gesprächsfähigkeit zu verbinden und damit neue Akzeptanz für die nötigen Veränderungen geschaffen. Am Ende dieser Entwicklung sind wir aber noch lange nicht. Ich weiß auch, dass dieser Zuwachs an Stimmen und an Mitgliedern auch eine Herausforderung ist. Er stellt neue Anforderungen an unsere Strukturen, an unsere personelle Aufstellung, an unsere Programmatik, vor allem aber erfordert er eine neue Haltung der Bereitschaft,



- 30 Jahre alt, geboren & aufgewachsen in Duisburg, wo ich lebe.
- Seit Januar 2018 Landesvorsitzender der NRW-GRÜNEN
- Mitglied seit 2009, seitdem u. a. im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND & Kreisverbandssprecher in Duisburg, Mitglied des Länderrats
- 2009-2014 Zivildienst (Altenpflege) und Studium (Sozial- und Kulturanthropologie/ Politikwissenschaft) in Berlin, parallel Mitarbeiter im Berliner Abgeordnetenhaus. 2014 - 2017 Leiter des NRW-Europabüros von Sven Giegold und Terry Reintke in Düsseldorf

Verantwortung zu übernehmen. Als ich vor knapp zwei Jahren als Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen kandidiert habe, kamen wir gerade aus einer enttäuschenden Landtagswahl. Dass wir bei der Europawahl überall im Land, auch in den ländlichen Regionen, zweitstärkste und in neun Städten und einem Kreis sogar stärkste Kraft würden, hätte ich mir kaum vorstellen können. Wenn uns Umfragen nun selbst im Ruhrgebiet auf Platz eins sehen, ist das vor allem ein Auftrag, ernsthaft weiterzuarbeiten. Ich finde, wir sollten dabei den Mut haben, das Rennen um die Spitze im Mitte-Links-Spektrum aufzunehmen.

Ich will mich einsetzen für eine grüne Partei,

- die sich beherzt der **Lösung der ökologischen Krisen** widmet und dabei den Beweis erbringt, dass **ökologische und soziale Gerechtigkeit** zwei Seiten derselben Medaille sind,
- die glaubwürdig der **sozialen Spaltung und der Entsolidarisierung unserer Gesellschaft entgegentritt** und ein **selbstbestimmtes und würdevolles Leben** Aller erkämpft,
- die auf den neoliberalen Rückzug des Staates aus unserem Gemeinwesen mit einer **sozial-ökologischen Investitionsoffensive** antwortet, die Finanzkraft unserer Städte und Gemeinden sichert und damit auch die **kommunale Demokratie** fördert, und
- die unverbrüchlich an der Seite der Bedrohten, Diskriminierten, Ausgegrenzten und Entrechteten steht, die Feminismus lebt und **klar, laut und unmissverständlich gegen rechte Hetze und Gewalt, gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschlichkeit** kämpft, ob auf der Straße oder im Parlament.

Ich bin seit zehn Jahren grünes Mitglied, war als Sprecher meines Duisburger Kreisverbandes kommunal aktiv, mehrere Jahre Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND, als Mitarbeiter auf Europabene unterwegs und bin nun seit Januar 2018 Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Grüne Politik kenne ich daher aus vielen Perspektiven und weiß, wie wichtig es ist, möglichst alle auch zusammenzubringen. Das kann und sollte der Parteirat leisten, um aus der Volatilität der politischen Stimmung heraus eine stabile Gestaltungsperspektive für grüne Ziele zu schaffen. Wenn wir bei den kommenden Wahlen - angefangen bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg und den Kommunalwahlen in Bayern und NRW - an den Erfolg der Europawahl anschließen wollen, brauchen wir **Geschlossenheit, Solidarität, eine gute Abstimmung und eine gemeinsame, fokussierte Kraftanstrengung.**

Dafür will ich mich im Parteirat einsetzen, und dafür bitte ich euch um eure Unterstützung.

Herzliche Grüße,

Felix



Bewerbung: Christian Meyer



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

Das weltweite Insekten- und Vogelsterben ist neben der beginnenden Klimakatastrophe eine der größten ökologischen Herausforderungen der Menschheit. Ein Biosystem droht zu kollabieren. Regenwälder werden für Soja und Fleischimporte abgehackt und die Bundesregierung ist einer der größten Bremser bei einer grünen Agrarwende, die sowohl den Bäuer*innen als auch Umwelt und Tieren nützt.

Das erfolgreiche Volksbegehren in Bayern gegen das Bienensterben zeigt, dass wir bei den Forderungen nach mehr Naturschutz, Ökolandbau, blühende Städte und Gemeinden weiter die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns haben.

Als ehemaliger Minister für Agrarwende, Tierschutz, Verbraucherschutz und Ländliche Räume in Niedersachsen weiß ich wie wichtig ist, dass wir die Mehrzahl der Landwirt*innen nicht als Gegner*innen, sondern als Partner*innen für eine andere Agrarpolitik sehen.

Agrarwende im breiten Bündnis

In Niedersachsen haben wir im Konsens mit der Geflügelwirtschaft und dem Einzelhandel das grausame Amputieren der Hühnerschnäbel beendet und allen Enten Bademöglichkeiten verschafft. Alle Hühner in Deutschland behalten seit 2016 den Schnabel. Mit dem konventionellen Schweinehalterverband haben wir mit der Ringelschwanzprämie aus EU-Mitteln erfolgreich den Ausstieg aus dem Abschneiden der Ringelschwänze vereinbart. Die Prämie für intakte Schwänze ist so beliebt bei den Bäuer*innen, dass selbst die CDU-Nachfolgerin sie nicht mehr abschaffen konnte...

Andere Länder machen sie nach. Ebenso unser erfolgreiches Blühstreifenprogramm zusammen mit vielen Imker*innen. Dafür bekam ich als erster GRÜNER den Goldenen Stachel des Deutschen Berufsimkerverbandes. Vom konventionellen Milchbauernverband European Milk Board bekam ich die Goldene Faironika für unser Weidemilchprogramm und den grünen Kampf für faire Preise. Das zeigt Grüne können auch den Dialog mit konventionellen Landwirtschaften.

Mit dem Weidemilchlabel von Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen haben wir in einem breiten Bündnis von BUND, NABU, Tierschutzbund, BDM, AbL, Landjugend und Bauernverband es geschafft, dass der Trend zur ganzjährigen Stallhaltung



Mitglied seit 1994
Seit 1996 Kommunalpolitik im Kreis Holzminden
Seit 2008 Mitglied des Landtages Niedersachsen.
2013-2017 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Niedersachsen
Seit 2015 Mitglied im Bundesparteirat
Seit 2017 Vize-Fraktionsvorsitzender im Landtag Niedersachsen
Sprecher für Naturschutz, Demonstrations- und Bürgerrechte, Katastrophenschutz, Verwaltungsreform, Regionalentwicklung und Medien
Mitglied bei BUND, NABU, attac, Greenpeace, Holzmindener Tafel

gebrochen wurde und wieder mehr Kühe auf die Weide kommen und Gras fressen. Niedersachsen ist jetzt Weideland Nr. 1 und jedes zweite Bioei kommt aus dem Bundesland, dass früher für seine tierquälerischen Käfigbatterien bekannt war.

Aber wir haben weiter viel zu tun. Julia Klöckner (CDU) lässt immer noch das Kükenschreddern und grausame Kastrieren kleiner Ferkel ohne Betäubung zu. Die CDU blockiert eine verpflichtende Tierschutzkennzeichnung auf allen Produkten, analog zur Eierkennzeichnung, wie sie Renate Künast erfolgreich auf den Weg gebracht hat. Sie dreht lieber ein Lobbyvideo mit Nestle und trifft sich mit den Vertretern der Pestizidindustrie anstatt Bienengifte zu verbieten und die Agrarsubventionen nicht mehr nach Betriebsgröße sondern nach Leistung für Umwelt, Tiere und Ländliche Räume zu vergeben.

Ohne echte Agrar- und Ernährungswende mit dem Ausstieg aus der Massentierhaltung werden wir den weltweiten Kampf gegen die Klimakrise und das Artensterben nicht gewinnen!

GRÜNE als Partei für den LÄNDLICHEN RAUM

In Niedersachsen antworten mittlerweile auf die Frage nach der besten Landwirtschaftspolitik nach allen Umfragen 44 Prozent der Wähler*innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nur noch 23 Prozent die alte Agrarpartei CDU! GRÜNE können also auch Ländlichen Raum, wie die Wahl einer grünen Landrätin im Landkreis Osnabrück und viele grüne Bürgermeister*innen und Kommunalpolitiker*innen jeden Tag zeigen.

Wir dürfen den Ländlichen Raum nicht vernachlässigen oder abhängen, sondern müssen uns gerade vor Ort für gute Daseinsvorsorge, medizinische Versorgung, Demokratie, Zusammenhalt, Integration, guten ÖPNV und eine intakte Umwelt einsetzen.

Klimaschutz in allen Bereichen

Genauso wie bei der Agrarwende, müssen wir uns beim Klimaschutz mit großen Interessengruppen von VW bis RWE anlegen, wenn wir die Energie-, Wärme-, Verkehrs- und Agrarwende gleichzeitig angehen wollen und müssen.

Dazu müssen wir nicht nur die Landwirtschafts-, Siedlungs- und Verkehrspolitik ändern, sondern auch die Zerstörung von Wäldern und Mooren beenden. In den 2 Prozent Restmooren auf der Welt steckt mehr CO₂ als allen Wäldern auf der Welt.

Unter großen Konflikten haben wir - und darauf bin ich besonders stolz - die letzten 60.000 ha Moorflächen in Niedersachsen als natürliche CO₂-Speicher ausgewiesen. 10 Prozent des Landeswaldes wurden als Naturwälder dauerhaft geschützt und mit EU-Mitteln wurden im Rahmen von neuen Flurbereinigungen für den Klimaschutz großflächig Moorflächen aufgekauft und vernässt.

Die Bundeswehr setzte hingegen für unverantwortliche Raketentests vor einem Jahr mal eben das größte intakte Hochmoor im Emsland in Brand und räucherte wochenlang halb Norddeutschland ein. Neben der Naturzerstörung setzte dieser Moorbrand ungefähr doppelt soviel Treibhausgase frei wie Bielefeld in einem ganzen Jahr!

Für eine sozial gerechte Wärmewende

So wie wir GRÜNEN in der Agrarpolitik ein neues Bodenrecht brauchen, das bäuerliche Betriebe vor dem Ausverkauf an Großkonzerne und steigende Pachtpreise schützt, so brauchen wir auch

neue Regeln gegen Ungerechtigkeiten beim Wohnen, der sozialen Frage Nr. 1. Übrigens nicht nur in den Städten auch auf dem Land fehlt erschwinglicher, klimaschonender Wohnraum.

Als bau- und mietenpolitischer Sprecher unserer niedersächsischen Landtagsfraktion bin ich davon überzeugt, dass wir für faires Wohnen harte Regeln und echten Mieter*innenschutz braucht. Der Markt hat versagt und die jahrzehntelange Privatisierung von Wohnraum war der falsche Weg. Zusammen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden müssen wir daher Gemeinnütziges Wohnen, Wohnungsgenossenschaften und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wieder stärken. Und wir müssen auch Klimaschutz gerecht machen. Denn Einkommensschwache wohnen oft in nicht sanierten alten Häusern mit hohen Energiekosten.

Wie wir Klimaschutz und faire Mieten zusammenbringen wollen zeigt ein Modell von Mieterbund und BUND für die Soziale Wärmewende, das wir gerade in den Landtag eingebracht haben. Durch gezielte Förderungen für sozial gerechten Klimaschutz sollen gerade einkommensschwache Haushalte durch deutlich sinkende Warmmieten von mehr Klimaschutz auch sozial profitieren. Damit erreichen wir dreifachen Gewinn:

Die Vermieter*in bekommt Anreize mehr für den Klimaschutz zu tun und etwa auf Erneuerbare Wärme umzusteigen. Die Mieter*in bekommt mehr Klimaschutz durch die Förderung nicht auf die Miete umgelegt und hat geringere Ausgaben fürs Heizen. Und wir alle bekommen ein massives Konjunkturprogramm ein klimaschonendes Wohnen.

Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gehören zusammen und dürfen nicht wie von SPD und CDU als Ausrede für Nichtstun benutzt werden.

Für Klimaschutz, Bienen und Kampf gegen Rechts!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Vor fast genau 25 Jahren bin ich als umweltbewegter Schüler, der dem fortschreitenden Klimawandel, Ozonloch und Regenwaldzerstörung nicht tatenlos zusehen wollte und weil GRÜNE als einzige gegen die Aufweichung des Grundrechts auf Asyl im Bundestag gestimmt haben, Mitglied bei Bündnis 90/Die GRÜNEN geworden.

Als Kommunalpolitiker aus dem ländlichen Raum mit jahrelanger Erfahrung in Stadtrat, Kreistag und Landtag mit viel guter Laune, Lust, Leidenschaft und Engagement würde ich gerne weiter für eine andere Landwirtschaftspolitik, mehr Tierschutz und soziale Gerechtigkeit in einer weltoffenen Gesellschaft im Parteirat eintreten und den Bundesvorstand aus Sicht eines großen Bundeslandes beraten.

Als ehemaliger Minister, jetzt Vize-Fraktionsvorsitzender der größten Oppositionsfraktion im Landtag Niedersachsen, Sprecher für Wohnen, Bürgerrechte, Medien und Naturschutz möchte ich im Parteirat weiter meine vielfältigen Erfahrungen aus Regierung und Opposition, dem ländlichen Raum und aus den Kommunen einbringen. Breite Bündnisse mit der Gesellschaft, mit Umweltverbänden und Gewerkschaften, mit progressiver Wirtschaft und der Klima- und der Agrarwendebewegung machen uns stark zum Umsetzen grüner Inhalte.

Dafür bitte ich Euch weiter um Eure Unterstützung und Stimme!

Euer Christian

Bewerbung: Toni Hofreiter



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Anton Hofreiter (KV München-Land)
Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte mich hiermit erneut bei Euch für die Wahl in den Parteirat bewerben, denn es ist mir ein großes Anliegen, die Arbeit der grünen Bundestagsfraktion weiterhin eng an die Partei anzubinden.

Wir erleben gerade zwei Parallelwelten:

In der einen Welt eine mutige, optimistische, veränderungsbereite Zivilgesellschaft – angeführt von den Schülerinnen und Schülern aber unterstützt von Eltern, Großeltern, Unternehmer*innen und Gewerkschafter*innen.

In der anderen Welt eine ermattete, blockierte Koalition, die an der Menschheitsaufgabe Klimaschutz scheitert. Die so dermaßen in ihrer eigenen Welt verstrickt ist, dass sie ihren kleinsten gemeinsamen Nenner als „das was möglich ist“ begreift.

Diese Diskrepanz birgt große Sprengkraft – nicht nur mit Blick auf die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen – sondern auch mit Blick auf Zusammenhalt und Demokratie. Sie birgt die Gefahr, dass eine Generation, die sich einmischt, die etwas verändern will, von Demokratie und Politik frustriert wird.

Wir müssen jetzt – als Partei, als Fraktion, in den Kommunen, den Ländern, im Bund und in Europa – das gesellschaftliche Momentum aufnehmen. Und der Parteirat ist der Ort, wo die Anstrengungen der Vielen aus der grünen Familie zusammenlaufen. Hier möchte ich das Engagement der Bundestagsfraktion einbringen.

Wo Union und SPD sich vor der Wirklichkeit verschließen, müssen wir unsere Politik öffnen. Wir müssen zeigen, dass Politik nicht in einer anderen Welt existiert, dass Politik auf Augenhöhe mit den Herausforderungen ist und auch große Veränderungen anpacken kann. Denn möglich ist mit dieser Gesellschaft, mit der Aufbruchsstimmung, die es gibt, viel mehr als diese Koalition zustande bringt.

Das gilt längst nicht nur fürs Klima. Das gilt für einen europäischen Aufbruch. Das gilt für eine Politik der Vielfalt, eine Politik, die ihre humanitäre und globale Verantwortung ernst nimmt. Und das gilt für eine sozialere und solidarische Politik. Aber es reicht nicht, das zu behaupten. Wir müssen konkret zeigen, dass es einen großen gemeinsamen Nenner, in dieser Gesellschaft gibt.



*2. Februar 1970

Seit 2013
Fraktionsvorsitzender der
Grünen
Bundestagsfraktion

2011-2013 Vorsitzender
des Verkehrsausschusses
des Deutschen
Bundestages

Seit 2005 Mitglied des
Deutschen Bundestages

2003 Promotion in Biologie
(Fachbereich Botanik) an
der LMU München

seit 1986 Mitglied bei
Bündnis 90/Die Grünen,
seitdem u.a. Sprecher im
OV Sauerlach,
Gemeinderat in Sauerlach
und Kreisrat im Kreistag
München

anton.hofreiter@bundestag.de

www.toni-hofreiter.de

Der Zwischenbericht des Grundsatzprogramms beschreibt uns als Bündnispartei und diese neue Rolle müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten annehmen und ernst nehmen. Dafür gilt es viel mehr unserer Energie, unserer Zeit und unserer Ressourcen darauf auszurichten, in die Breite der Gesellschaft auszugreifen.

Uns kommt die Rolle zu, ein echtes Bündnis für einen progressiven Aufbruch zu schmieden. Ein Bündnis, das von den Klimaschutzbewegungen über die Europäisch Begeisterten bis zu Unteilbar reicht, das die Progressiven in Wirtschaft, Gewerkschaften und Kultur zusammenbringt. Ein Bündnis, das Klimaschutz mit ökonomischer Prosperität und sozialer Gerechtigkeit verbindet. Das eine offene pro-europäische vielfältige Gesellschaft zusammenbringt mit Zusammenhalt und Sicherheit im Wandel.

Darauf will ich mit Euch gemeinsam unsere ganze Energie und Kraft setzen. Und dafür sehe ich den Parteirat als entscheidenden Ort, an dem wir unsere Aufgaben in den nächsten zwei Jahren koordinieren.

Angesichts der zermürenden Großen Koalition ist klar: Wir wollen regieren, weil es dringend nötig ist, dass wir regieren.

Unsere gemeinsame Aufgabe wird es in den kommenden Monaten und Jahren sein, zu zeigen, wie es geht. Es ist an uns, dem planlosen Durchgewurschtel der Großen Koalition entgegenzusetzen, was tatsächlich möglich ist. Wir sind aktuell die einzige demokratische Partei, die noch in der Lage ist, Orientierung zu geben.

Es ist unsere Aufgabe, eine andere Politik, eine Politik jenseits des Klein-Kleins so vorzubereiten, dass sie tatsächlich umgesetzt wird, dass aus Visionen Maßnahmen, aus Konzepten Wirklichkeit und aus Werten Taten werden können.

Ich habe wahnsinnig Lust darauf, diesen anspruchsvollen Weg mit Euch zu gehen. Vor uns liegen entscheidende Monate und Jahre. Es geht um nicht weniger als um die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um den Erhalt demokratischer Werte und um ein gefestigtes gemeinsames Europa. Auf uns kommt es an.

Ich bitte um Eure Unterstützung und um Euer Vertrauen!

Euer Toni

The image shows a handwritten signature in brown ink. It consists of two parts: on the left, the name 'Toni' written in a stylized, cursive script; on the right, the surname 'Hofreiter' written in a more formal, flowing cursive script.

Bewerbung: Britta Hasselmann



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Halbzeitbilanz der Koalition aus Union und SPD fällt ernüchternd aus: Stillstand, Geziehe und Gezerre und eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners.

Handlungsunfähigkeit und Selbstbeschäftigung kennzeichnen die Arbeit dieser Koalition. Dabei liegen so viele große Zukunftsherausforderungen vor uns - wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, wir brauchen gute Pflege und bezahlbaren Wohnraum, wir wollen die Gleichstellung weiter vorantreiben. Wir wollen die Kinderrechte festschreiben und endlich allen Kindern faire Chancen ermöglichen. Wir treiben die Bekämpfung der Klimakrise entschieden voran. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Menschen wollen wir endlich einlösen. Deshalb brauchen strukturschwache Städte und Regionen in Ost wie in West unsere besondere Unterstützung.

Wir Grüne sind die politische Kraft, die in den Parlamenten in Europa, im Bund, in den Ländern und vor Ort in den vielen Stadt- und Gemeinderäten für mehr Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, ein soziales und ökologisches Europa, unsere Bürgerrechte und klare Kante gegen Hass, Hetze und Rassismus eintreten.

Im Bundestag setzen wir wichtige Impulse - obwohl wir die kleinste Fraktion sind. Ohne uns wäre die Auseinandersetzung mit der Klimakrise in den letzten zwei Jahren niemals so intensiv ins Parlament getragen worden. Gemeinsam mit der FDP ist es uns gelungen im Rahmen der Verhandlungen zur Grundgesetzänderung zum Digitalpakt eine Lockerung des strikten Kooperationsverbotes durchzusetzen. Vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir mit FDP und Linken die Teilnahme von Menschen mit Behinderung in Betreuung an der Europawahl erstritten. Es macht mich froh, dass wir hier hartnäckig geblieben sind. Dank unserer Klage konnten rund 85.000 Menschen an der Wahl teilnehmen- ein für viele Menschen selbstverständliches Bürgerrecht. Wir meinen es ernst mit unserer Transparenz- und Demokratieoffensive. Deshalb auch unser beharrliches Eintreten für ein gesetzliches Lobbyregister, eine dringende Wahlrechtsreform und eine striktere Parteienfinanzierung.

Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus und Antisemitismus haben in erschreckender Weise zugenommen. Rechtsextremisten verüben schreckliche terroristische Anschläge auf jüdische Bürgerinnen und Bürger, auf Politikerinnen und Politiker und auf alle Menschen, auf die ihr Hass zielt. Im Bundestag, in den Landtagen, im Europaparlament und in Gemeinderäten sitzen Abgeordnete, die offen und ungeniert ihre Verachtung der Werte einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft und unserer liberalen Demokratie äußern. Wir stellen uns den Antidemokraten, Rechtsradikalen und -extremisten entschieden entgegen. Denn unsere lebendige Zivilgesellschaft, unsere Parlamente, und unsere Demokratie sind von unschätzbarem



Foto: © Studio Kohlmeier

Ich bin seit 1989 für die Grünen aktiv, seit 1994 Mitglied von Bündnis 90/ Die Grünen, war 11 Jahre kommunalpolitisch aktiv, war Landesvorsitzende der Grünen NRW und bin Dipl. Sozialarbeiterin. Seit 2013 bin ich Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion.

britta.hasselmann@bundestag.de
[@BriHasselmann](https://www.instagram.com/BriHasselmann)

Wert. Die lassen wir nicht verächtlich machen. Wir bieten gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen Rassismus, Sexismus, Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze die Stirn und streiten für unsere Freiheit und unsere tolerante, vielfältige und weltoffene Gesellschaft - überall.

Wir sind Viele und zusammen werden wir unsere errungenen Freiheiten und unsere lebendige, vielfältige Gesellschaft verteidigen und weiter mit Leben füllen. Wir werden in den kommenden Jahren gemeinsam daran arbeiten, unsere Demokratie und ihren Wert wieder stärker in unserer Gesellschaft zu verankern. Wir sind es, die sich für mehr Transparenz und Öffentlichkeit in unseren demokratischen Institutionen stark machen. Gerade in Zeiten, in denen Verächter unserer Demokratie in unseren Parlamenten sitzen, müssen wir politische Entscheidungen und Abwägungen transparenter machen. Wir brauchen den offenen politischen Streit um die besten Ideen, mehr Diskursfreude und mehr Dialogbereitschaft. Denn Nachvollziehbarkeit schafft Vertrauen - davon bin ich überzeugt. Und dafür fehlt der Regierungskoalition bisher einfach der Mut.

Vor Ort wird Demokratie gelebt und erlebt. Beteiligung, Einmischung und die Kreativität der Zivilgesellschaft und unserer vielen kommunalpolitisch Aktiven sind wertvoll und machen unser Gemeinwesen lebendig und lebenswert. Deshalb muss uns die Unterstützung unserer Städte und Gemeinden - insbesondere strukturschwacher Regionen - von Bund und Ländern ein wichtiges Anliegen sein.

Wir leben in herausfordernden Zeiten, die uns einiges abverlangen. Gleichzeitig gibt es viel Zuversicht und Mut, es gibt eine neue Umweltbewegung, es gibt so viele Menschen, die sich engagieren und viele Bündnispartner*innen, mit denen wir gemeinsam für notwendige Veränderungen streiten können.

Um als politische Kraft in- und außerhalb der Parlamente schlagfertig und erfolgreich sein zu können, müssen wir gemeinsam und gut abgestimmt handeln. Wir brauchen eine gute Vernetzung, den Austausch und die Koordination zwischen Partei, Bundestagsfraktion, den Ländern, Europa und unseren Kommunen.

Der Parteirat ist zentraler Ort dafür.

Als Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion möchte ich gern dazu beitragen, unsere Kräfte und Potentiale, die wir auf den vielen Ebenen und in vielen Gremien haben, zusammenzuführen und zu koordinieren. Es braucht ein gutes Zusammenspiel und eine gute Vernetzung zwischen unserer Partei im Bund, unserer Bundestagsfraktion, den Ländern, unseren Engagierten vor Ort und in Europa. Wir brauchen Dialog und Austausch mit unserer lebendigen Zivilgesellschaft und den vielen, Initiativen, Organisationen, Verbänden und Bündnissen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ihr wisst, dass ich mich mit viel Energie und Leidenschaft für die parlamentarische Arbeit, für ein lebendiges Parlament und Dialogbereitschaft einsetze. Viele, die mich kennen, wissen, dass es mir auch immer darum geht, unseren Laden zusammenzuhalten und zusammenzuführen. Dafür will ich mich auch gerne im Parteirat einsetzen und dafür bitte ich euch um euer Vertrauen und eure Unterstützung.

Herzliche Grüße,

Eure

Britta Haßelmann

Bewerbung: Malte Spitz

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich kandidiere aus zwei Gründen erneut für den Parteirat:
Zum einen möchte ich meine Herzensthemen - bei der Gestaltung der Digitalisierung den Menschen und die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt zu stellen und unsere Freiheitsrechte zu stärken - im Parteirat voranbringen. Zum anderen will ich die Debatten im Parteirat mit dem Blick aus einem halben Schritt Abstand von Außen bereichern. Dabei bringe ich 16 Jahre Erfahrung in den unterschiedlichen Gremien und Strukturen unserer Partei mit, vom Bundesvorstand der Grünen Jugend, dem Bundesvorstand unserer Partei, vom Landesvorstand NRW bis in den Sprecher*innenrat unserer BAGen. Ich bin überzeugt: Gerade im Parteirat, der gerne als Funktionärgremium verstanden wird, braucht es auch Stimmen, die losgelöst von den hauptamtlichen Strukturen, den inhaltlichen und strategischen Blick auf die Tagespolitik unserer Fraktionen, Landesregierungen oder Bundesebene wirft. Ich sehe meine Rolle darin, eine Spiegelung von außen zu geben, kritische Nachfragen zu stellen und neue Ideen aus einer lebendigen Zivilgesellschaft einzuspeisen.

Freiheitsrechte stärken, statt einschränken

Die Stärkung unserer Freiheitsrechte ist Kernanliegen grüner Politik. Ich bin glücklich dies hauptberuflich als Geschäftsführer einer Menschenrechtsorganisation vorantreiben zu können. In meiner Arbeit geht es um die Stärkung der Grund- und Menschenrechte mittels strategischer Klagen, für Entgeltgleichheit, gegen die Überwachung von Journalist*innen oder für das Ende der Strafbarkeit von Containern und gegen neue Polizeigesetze die immer mehr Menschen unter Generalverdacht stellen. Ich möchte dies aber auch weiterhin politisch als Parteirat leisten. Als Bündnisgrüne müssen wir nicht nur im 30. Jahr der Friedlichen Revolution unsere Überzeugungen als Bürgerrechtspartei immer wieder deutlich zeigen. Ich will im Parteirat die starke Stimme für eine freiheitliche Innenpolitik und liberale Rechtspolitik sein.

Digitalisierung gestalten

Viele von uns erleben selber, wie Hass und Hetze oftmals ungeniert mit Klarnamen und Profildfoto mit Hund, Hundekrawatte oder Kind darauf zunehmen. Doch der digitale Entzug ist



Nerd. Feminist. Bürgerrechtler.

*14.04.1984

Ich lebe mit meiner Frau und unseren drei Kindern in Berlin. Teilweise Hausmann, hauptsächlich Generalsekretär der Gesellschaft für Freiheitsrechte. Digitalisierung gestalten und Freiheit stärken sind für mich seit 2001 Motivation mich zu engagieren.

- Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND von 2003-2006
- Mitglied des Bundesvorstandes von 2006-2013
- Mitglied des Landesvorstands NRW von 2014-2016
- Sprecher der BAG Medien und Netzpolitik von 2014-2018

keine Antwort, es braucht stattdessen politischen Gestaltungswillen. Wir Grüne sind die Partei, die die Ideen liefert, für das lebenswerte Leben im digitalen Zeitalter. Wir Grüne sind es, die Fortschritt nicht an der Anzahl neuer Patente oder dem Börsenwert von Unternehmen messen, sondern daran wie technische Entwicklungen unsere Gesellschaft und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere den Klimaschutz, verbessern können, ganz nach dem Motto: Digitale Nachhaltigkeit. Diese Gestaltung unserer digitalen Zukunft will ich für uns Grüne aus dem Parteirat heraus weiter vorantreiben. Konzepte entwickeln um Hass und Hetze entgegenzutreten, zum Beispiel mit einem Digitalen Gewaltschutzgesetz. Und endlich Alternativen zu Facebook und YouTube Wirklichkeit werden lassen, anstatt uns Nutzer*innen immer weiter zu durchleuchten und riesige Datenprofile über uns anzulegen.

Gemeinsam stark sein

Wir Grüne waren immer Bewegungspartei. Diese Vielfalt müssen wir auch in unseren Gremien personell abbilden. Als Bewegungspartei müssen wir weiterhin die Diskussion mit einer lebendigen Zivilgesellschaft suchen, um alte und neue Impulse in die (partei)politische Arena zu bringen. Doch unsere lebendige Zivilgesellschaft steht unter Druck: Kürzungen der Großen Koalition bei Förderprogrammen wie „Demokratie leben!“ oder die Aberkennung der Gemeinnützigkeit vieler NGOs bedrohen diese demokratische Vielfalt. Es ist unsere Aufgabe als Bündnisgrüne für eine lebendige Demokratie zu kämpfen, denn in der aktuellen Zeit brauchen wir dieses Bollwerk für Freiheit dringender denn je.

Ich bitte Euch um Eure Unterstützung bei der Wahl in den Parteirat. Ich will meinen Beitrag leisten, um die unterschiedlichen Stärken im Parteirat zu bündeln, um uns bestmöglich für die kommende Bundestagswahl aufzustellen und ein zukunftsweisendes Grundsatzprogramm in 2020 zu verabschieden. Dafür bitte ich um euer Vertrauen für eine weitere Amtszeit.

Euer

A large, stylized handwritten signature in black ink, likely belonging to Malte Spitz, is positioned below the text 'Euer'.

Bewerbung: Katharina Beck



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte,
hiermit bewerbe ich mich um Eure Stimme und Euer
Vertrauen für den Parteirat.

Drei Anliegen sind mir dabei besonders wichtig:

1. Für die Vielfalt des Ehrenamts im Parteirat

Unsere Partei lebt davon, eine offene Partei der
Mitgestaltung zu sein, die Vielfalt nicht nur in Bezug auf
persönliche Freiheit, sondern auch als Perspektiven-Vielfalt
und Vielfalt der Beteiligung begreift.

Als Sprecherin des Sprecher*innenrates der
Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) darf ich 24
unterschiedliche Bundesarbeitsgemeinschaften vertreten
und zusammenbringen. Die BAGen bearbeiten so
vielfältige Themen wie Energie, Soziales, Tierschutz,
Mobilität und Verkehr, Gesundheit, Queer,
Behindertenpolitik, Wissenschaftspolitik, Migration und
Flucht, Globale Entwicklung, Wirtschaft und Finanzen - wo
ich BAG Sprecherin bin - und wirklich noch viele mehr.
Gemeinsam mit den entsprechenden LAGen auf
Landesebene und den lokalen Arbeitskreisen sind die
BAGen ein einmaliges inhaltliches und ehrenamtliches
Herzstück in der Parteienlandschaft, das auch ganz aktuell
für unsere vielen Neumitglieder eine positive
Magnetwirkung hat.

Auf der wunderbaren großen **Grundsatzakademie** (GA)
der BAGen diesen Sommer mit 400 Teilnehmenden, die ich
gemeinsam im Orgateam mit gestaltet und organisiert
habe, haben wir unser gemeinsames, vielfältiges Arbeiten
noch einmal auf eine neue Ebene gehoben. Wir haben
„cross-over“ in der Zusammenarbeit verschiedener
BAGen neue Perspektiven für unser Grundsatzprogramm
entwickelt. Und wir haben einen Ort des kreativ-kritischen
Austausches auch mit unseren Parlamentarier*innen und
Bundesverbänden geschaffen. Viele inhaltliche und
persönliche Verbindungen und neue Perspektiven sind dort
entstanden, die auch über die GA hinaus wirken.

Die vielfältigen Perspektiven der BAGen möchte ich soweit
mir das möglich ist im Parteirat, einem der wichtigsten
inhaltlichen Gremien unserer Partei, mit einbringen.



Grünes Ehrenamt

- Sprecherin des
Sprecher*innenrats der
BAGen (Votum für den
Parteirat)
- Sprecherin der BAG
Wirtschaft und Finanzen
(Votum für den Parteirat)
- Mitglied im
Wirtschaftsbeirat der
BTF
- Partei seit 2009

Beruf

- Senior Managerin
Nachhaltigkeit, große
Unternehmensberatung
- Stv.
Aufsichtsratsvorsitzende,
Sozialunternehmen
- 2009-13 in NGOs: u.a.
Social Banking &
Präsidentin von oikos
International für
nachhaltige BWL&VWL

Ausbildung

- Dipl.-Regio.-wiss.
Lateinamerika
- Finanz-BWL

BUND, Greenpeace,
UNHCR

2. Für eine neue Qualität der Zusammenarbeit

Auf der GA haben eine große Anzahl von BAGen sich in einem beeindruckenden demokratischen Prozess zusammengetan, um den **Klimaantrag**, den wir am Sonntag auf dem Parteitag debattieren werden (WKF 07), anzustoßen. Vorausgegangen war ein Beschluss des Sprecher*innenrats im Juli, den Bundesvorstand (BuVo) und uns selbst zu einer Nachschärfung unserer Klima-Positionen aufzufordern. Mit einer BAGen Schreibgruppe, in der ich war, sind wir dann auf den BuVo zugegangen und haben beschlossen, gemeinsam diesen Antrag zu erarbeiten. Es war ein **einmaliger Prozess**, in dem wir enger aneinandergewachsen sind, voneinander gelernt haben und etwas Großartiges gemeinsam geschaffen haben: den Entwurf unseres grünen Klimaplanes, der sich ehrlich macht mit der Dramatik der Klimakrise und was nun zu tun ist. Zwischenzeitlich gab es auch ruckelige Momente in diesem kurzfristigen Prozess, aber diese miteinander auszuhalten und zu lösen, im Gespräch zu bleiben und daraus für die Zukunft zu lernen, ist ein unbezahlbares Pfund. Ja, wir haben unterschiedliche Perspektiven, und ja, wir schaffen das gemeinsam – manchmal mit Tief Durchatmen Müssen, und oft mit viel Spaß und auch Humor.

Diese neue Qualität der Zusammenarbeit, in der wir verschieden bleiben und gleichzeitig gemeinsam gestalten, möchte ich in Zukunft durch unsere regelmäßigen Zusammenkünfte im Parteirat weiter stärken – mit dem BuVo und auch mit der Bundestagsfraktion (BTF).

3. Für ein zukunftsfähiges System innerhalb der planetaren Grenzen, in dem wir gerne leben

Kinder, Eltern und Großeltern, wir alle gehen derzeit zu Recht auf die Straße. Die friedliche Überlebensfähigkeit von uns Menschen auf dieser Erde ist ernsthaft in Gefahr. Die Regenwälder brennen, die Permafrostböden tauen, die Ozeane versauern und vermüllen. Was haben wir da für ein System geschaffen? Viele Menschen werden durch klimabedingte Dürren in die Flucht getrieben, Inselstaaten müssen ernsthaft um ihr Überleben bangen. Auch in Deutschland machen sich die Folgen des Klimawandels für Bäuerinnen und Bauern bemerkbar. Manche sagen, man dürfe die Radikalität der Erkenntnisse nicht kommunizieren, aber ich finde: doch, machen wir uns ehrlich. Aber nicht um Schwarz zu malen, sondern um jetzt mutig das Richtige zu tun. Das ist keine Zukunftsvision mehr, das ist jetzt.

- Dass ich für **radikal-realistischen Klimaschutz** einstehe ist einigen von Euch sicher durch mein standhaftes und gleichzeitig Kompromisse ermöglichendes Eintreten für den Kohleausstieg 2025/30 und für die aktuelle Erarbeitung des [Klimaantrags \(WKF 07\)](#) bekannt. Als nächstes wird es auf das Gewinnen von Mehrheiten und auf den intensiven Dialog mit der Gesellschaft ankommen, vor allem für eine positive Motivation für die kommenden Veränderungen. Denn so ungern der Mensch als Gewohnheitstier Veränderungen hat: Das wird gut! Hunderttausende neue Handwerker*innen-Jobs werden entstehen, Atemwegserkrankungen in unseren Städten sinken, laute Straßen könnten grüne Gemeinschaftsalleen werden, eine ganz neue Infrastruktur und Vernetzung auch auf dem Land. Dass wir die Veränderungen gerade gemeinsam mit abgehängten Regionen auf dem Land machen wollen, wie Annalena es in ihrer Bewerbung sehr greifbar beschreibt, ist super wichtig.
- Es geht um die Veränderung der Anreize des **wirtschaftlichen Systems** und nicht nur um Klimaschutz allein. Ich arbeite in der Wirtschaft und eins ist klar: Einige Anreize im System sind völlig falsch. Kurzfristigkeit geht über Langfristigkeit, Profit über Klima, Ressourcenschonung und Menschenrechte. So plakativ es klingen mag, diese Hürden beobachte ich als Unternehmensberaterin für Nachhaltigkeit fast jeden Tag. Und das spüren auch die 63% der Deutschen, die kürzlich im Deutschlandtrend sagten, dass

Klimaschutz ihnen wichtiger als Wirtschaftswachstum ist. Gemeinsam mit Euch möchte ich mich einsetzen für ein zukunftsfähiges System, das Lebensqualität, Entfaltungsmöglichkeiten und die Einhaltung der planetaren Grenzen als positive gesellschaftliche Ziele hat, und in dem Instrumente wie Wachstum oder Innovation zu deren Erreichung dienen und kein Selbstzweck sind. Dieses neue System haben wir, die BAGen Globale Entwicklung und Wirtschaft und Finanzen, dieses Jahr im „[Neuen Wohlstandskonsens](#)“ Für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Finanzsystem für die eine Welt“ gemeinsam mit 50 externen und internen Impulsgeber*innen aus Wissenschaft, NGOs, Wirtschaft und der Partei beschrieben.

- Und wir brauchen ein **gerechteres Steuer- und Sozialsystem** für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deutschland hat in Europa neben Österreich die größte Vermögensungleichheit. Das Misstrauen gegenüber denen „da oben“ oder der „Geldelite“ (Corneo) ist nur in Teilen und nur in seiner faschistischen Form unberechtigt. Dahinter liegt ein tatsächliches Problem unseres Systems, das strukturell Reiche reicher und Arme ärmer macht oder arm hält. Dass wir das in Deutschland angehen müssen, schreibt selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gebetsmühlenartig. Unser Steuersystem ist viel weniger progressiv als wir oft denken. Beispiel Erbschaftsteuer: Menschen, die unter einer halben Million Euro erben, zahlen prozentual mehr als fünfmal (!) so viel Erbschaftsteuer wie Menschen, die über 20 Millionen erben. Und die Löhne, die auf Arbeitsleistung beruhen, erhalten in Deutschland weniger vom Zuwachs des Volkseinkommens als die leistungslosen Kapitaleinkommen. Und um es nicht so abstrakt zu lassen: Jedes fünfte Kind in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, lebt in Armut. Eigentum verpflichtet und diesen Grundsatz müssen wir wieder ernster nehmen.

In [6 Thesen für eine gerechtere und lebenswertere Gesellschaft](#) haben Clara Herrmann und ich aufgelistet, welche Maßnahmen „oben“, in der „Mitte“ und „unten“ wir für sinnvoll erachten, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Ebenfalls möchte ich aufbauend auf unserem BAG-Beschluss zu [„Hartz IV hinter uns lassen“](#) dazu beitragen, dass Roberts Initiative für eine Reform der Garantiesicherung wieder mehr in den Mittelpunkt rückt. Außerdem werde ich mich dafür einsetzen, dass wir mit unserer neuen Qualität der Zusammenarbeit es schaffen, unsere **Positionen zu vermögensbezogenen Steuern** konstruktiv gemeinsam zu überarbeiten.

Für dieses zukunftsfähige System innerhalb der planetaren Grenzen, in dem wir gerne leben, möchte ich mich im Parteirat einsetzen. Darüber hinaus freue ich mich auf die Diskussionen und den Austausch zu den vielen weiteren, damit zusammenhängenden Themen wie Feminismus, den Erhalt des Rechtsstaats und die internationale Friedensarchitektur.

Meine Mitgliedschaft im Parteirat ist auch eine Chance zu zeigen, wie wir ernst machen als Bündnispartei mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Mit meinen 12 Jahren Arbeitserfahrung außerhalb der Politik, in NGOs aber vor allem in der Wirtschaft, kann ich diese anderen gesellschaftlichen Logiken glaubwürdig in unsere politische Gestaltung mit einbringen. Und gerade meine Wirtschaftserfahrung kann die Wahrnehmung, dass wir „Wirtschaft können“ erhöhen, und gleichzeitig uns helfen, ggf. so manche Mythen noch besser zu entzaubern, die uns so manche Lobbyist*innen gerne glauben machen wollen.

Der Sprecher*innenrat der Bundesarbeitsgemeinschaften und die BAG Wirtschaft und Finanzen haben mir jeweils ein Votum für meine Bewerbung gegeben.

Über Euer Vertrauen und Eure Stimme für den Parteirat würde ich mich sehr freuen.

Herzlich

Eure Katharina

Katharina

Bewerbung: Erik Marquardt



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

„Wahlen alleine machen noch keine Demokratie“ hat Barack Obama mal gesagt. Und wahrscheinlich machen wir uns diese Tatsache zu selten wirklich bewusst. Wir leben in einer Zeit, in der es vielen zu selbstverständlich scheint, dass man in Deutschland und Europa in Frieden leben darf, dass man Freiheiten genießt, für die Millionen mutige Menschen über Generationen gekämpft haben.

Diese Freiheiten scheinen uns wohl so selbstverständlich, dass sich nicht viele vorstellen können, dass es für sie keine Ewigkeitsgarantie gibt. Freiheit zu sichern, bedeutet, sich immer wieder neu bewusst für sie zu entscheiden. Dafür braucht es Mut.

Es ist gerade heute unsere Verantwortung dafür zu sorgen, dass es genug Menschen gibt, die aktiv für Demokratie, Frieden und Freiheit eintreten. Aber wie überzeugen wir noch mehr Menschen, sich in Parteien und Zivilgesellschaft zu engagieren? Wie sieht eine moderne grüne Partei im digitalen Zeitalter aus und wie transportieren wir das in unseren Grundsatzprogrammprozess? Und wie gehen wir mit unserem enormen Wachstum und den disruptiven Veränderungen im Parteiensystem um? An diesen und weiteren Fragen möchte ich weiter arbeiten und deswegen bewerbe ich mich erneut bei euch für einen offenen Platz im Parteirat.

Ich habe in dieser Bewerbung nicht allzu viel Platz - zumindest wenn ich anstrebe, dass einige die Bewerbung auch bis zum Schluss lesen können. Ich möchte aber trotzdem einige Punkte aufführen, die mir für den Parteirat wichtig sind:

1. Asyl- und Migrationspolitik

Die Würde des Menschen ist unantastbar steht im Grundgesetz, aber die Würde der Menschen auf der Flucht nach Europa wird auch durch deutsche und europäische Politik leider zunehmend genommen. Ursula von der Leyen hat es als zukünftige Kommissionspräsidentin zu einer ihrer Prioritäten erklärt, eine neue EU-Migrationspolitik vorzuschlagen. Horst Seehofer möchte bis zur deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 Vorschläge für ein neues europäisches Asylsystem vorlegen. In den nächsten zwei Jahren werden die Weichen für die Europäische Migrationspolitik im 21. Jahrhundert gestellt. Wird Europa weiter auf Abschottung setzen oder sich der Aufgabe stellen und einer globalisierten Welt mit Haltung und Humanität begegnen? Auf uns kommt hier eine zentrale Rolle zu. Nur mit einer guten Vernetzung zwischen Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden wir dieser Rolle gerecht werden. Die Vernetzung der verschiedenen Ebenen würde ich gerne zu einem der Schwerpunkte in meiner Parteiarbeit machen.



Mail: mail@erik-marquardt.de
Twitter und Instagram: @ErikMarquardt
facebook: fb.com/erikmarquardtde
- bis 10/2014 Politischer Geschäftsführer GRÜNE JUGEND
- bis 10/2015 Bundessprecher GRÜNE JUGEND
- seit 11/2015 Mitglied Parteirat Bündnis 90/ Die Grünen
- 2017 Direktkandidat zur Bundestagswahl in Berlin Treptow-Köpenick
- seit Juli 2019 Mitglied der Europäischen Parlaments: dort migrationspolitischer Sprecher der grünen Europagruppe
- und zuständig für Sachsen-Anhalt und Berlin

2. Bündnispartei

Die Zivilgesellschaft hat im letzten Jahr mehr Verantwortung für die Zukunft übernommen als alle Regierungen der G20 zusammen. Als Bündnispartei wollen wir Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen nicht nur unterstützen, sondern gemeinsam mit ihnen Politik gestalten. Wie der beste Weg dafür aussieht, wie wir Verständnis für unsere neue Rolle im Parteiensystem, unsere Rolle in Regierungsverantwortung oder Opposition verdeutlichen können, ohne dabei Vertrauen zu verlieren, ist ein dauerhafter wichtiger Diskussionsprozess. Nicht jeder Kompromiss ist sinnvoll, aber es auch nicht sinnvoll kompromisslose Politik anzustreben. Nur wenn wir schaffen, die Komplexität von parlamentarischen Prozessen zu verdeutlichen und auf der anderen Seite die Positionen der progressiven Bündnisse ernst zu nehmen und einzubinden, werden wir das notwendige Vertrauen und die Kraft gewinnen, um Demokratie als Bündnispartei zu gestalten.

3. politische Kommunikation im digitalen Zeitalter

Im Europawahlkampf haben wir gesehen, wie viel Einfluss soziale Medien auf Wahlkämpfe und politische Meinungsbildung haben können. Das Medienkonsumverhalten hat sich insbesondere in der jungen Generation massiv verändert. Viele Regeln der politischen Kommunikation müssen an die neuen Zeiten angepasst werden. Auch wenn im letzten Wahlkampf vor allem die CDU berechtigterweise im Kreuzfeuer stand, heißt das nicht, dass wir uns nicht auch selbstkritisch immer wieder mit unserem Umgang mit Kommunikation und Vermittlung unserer politischen Inhalte im Netz hinterfragen müssen. Es gibt unglaublich schnelle Veränderungen, neue Formate und Plattformen werden geschaffen, ältere verlieren an Zuspruch. Wir haben die Aufgabe, die Menschen dort zu erreichen und zu überzeugen, wo sie sind. Im ländlichen Raum genauso wie auf Youtube und Instagram. Nur wenn wir mit der schnellen Entwicklung der Medienlandschaft Schritt halten, werden wir das schaffen. Auch daran würde ich gerne weiter im Parteirat arbeiten.

4. Das Parteiensystem verändert sich

Das deutsche Parteiensystem hat sich gewandelt, und es muss uns immer noch überraschen, dass wir dort stehen, wo wir nun stehen. Wir haben als Partei zwei unglaublich erfolgreiche Jahre hinter uns, aber so wird es nicht automatisch immer weiter gehen. Wir wissen gut, wie es sich anfühlt, wenn es keinen Rückenwind gibt, sondern uns eine steife Brise ins Gesicht weht. Ja, wir haben in den letzten beiden Jahren gemeinsam viel erreicht, doch je stärker wir werden, desto stärker werden wohl auch die Widerstände. Es ist leicht, gemeinsam zusammen zu stehen, wenn es gut läuft. Aber wir müssen uns nun zunehmend auch auf Gegenwind einstellen, uns darauf vorbereiten die Spielmacherrolle auch in schwierigen Zeiten zu verteidigen. Wir wachsen unglaublich schnell und die Bundesgeschäftsstelle hat diese Mammutaufgabe bisher gut gemeistert. Wie können wir unseren Erfolg verstetigen, wie schaffen wir die Strukturen dafür und wie verteidigen wir unsere basisdemokratischen Grundsätze? Und wie können wir im ländlichen Raum und Regionen, in denen wir noch nicht so stark sind, besser erreichen? Auch an Antworten auf diese Fragen würde ich im Parteirat gerne mitarbeiten.

Ich bin Erik, ich bin im Mai ins Europäische Parlament gewählt worden und ich möchte mit euch gemeinsam als Parteiratsmitglied weiter daran arbeiten, dass wir die Zukunft Europas und dieses Planeten mit positiven Ideen gestalten und Menschenrechte verteidigen. Wenn ihr Fragen habt, oder mir Feedback zu meiner Arbeit oder der Bewerbung schicken wollt, freue ich mich. Und natürlich würde ich mich auch sehr freuen, wenn ihr mich wählt.

Bewerbung: Madeleine Henfling



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freund*innen,

5 Jahre erfolgreiche rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen liegen hinter uns. Wir wussten, dass die Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern nicht einfach werden. Seit einigen Monaten können wir nun auch in sämtlichen überregionalen Blättern lesen, warum der Osten so ist, wie er ist und vor allem warum dort so viele Menschen die AfD wählen. Kaum einer der Artikel hat in den letzten Wochen dazu geführt, dass meine Fragen beantwortet wurden. Im Gegenteil, ich hab noch mehr Fragen! Und ich lebe in diesem Osten, ich bin hier geboren und aufgewachsen, hab die Flucht ergriffen und bin wieder zurückgekommen. Meine Eltern sind Osis, in der DDR geboren und sozialisiert. Und trotzdem schienen mir alle Analysen der letzten Monate unterkomplex und an manchen Stellen so klischeehaft, dass ich sie gar nicht ernstnehmen konnte. Nun könnten wir als Bündnisgrüne sagen, so what? Was interessiert uns der Osten? Da wählen uns die Leute nicht, da hockt der Höcke, der Kalbitz und wie diese Dumpfdeutschen alle heißen und tragen ihre Menschenverachtung in sämtliche gesellschaftlichen Bereiche. Nach der Wahl in Thüringen und den momentanen Debatten innerhalb der CDU, wie ergebnisoffen man sich nun mit der AfD über mögliche Regierungsoptionen unterhält, schrieben der ein oder die andere sogar von dem Wiederaufbau von Mauern. 30 Jahre nach der friedlichen Revolution finde ich das sehr schmerzhaft. Ich habe in den letzten Wochen aber auch wirklich tolle Dinge erlebt. Hochmotivierte Grüne aus der ganzen Republik die in den Osten gefahren sind und uns dort unterstützt haben. Die sich hier Geschichten angehört haben und die bereit waren ein wenig mehr zu verstehen warum der Osten so ist wie er ist. Ich hab gesehen wie so viele Menschen wie noch nie zuvor in den ländlichen Gegenden dafür gestritten haben das der Osten sozial, weltoffen und ökologisch wird und bleibt. Und ich habe einen Bundesvorstand erlebt, der sich mit unglaublicher Verve und vielen offenen Ohren an diesen Wahlkämpfen beteiligt habt.

Warum uns der Osten nicht egal sein kann zeigt gerade die Wahl in Thüringen. Die CDU mag Beschlüsse auf ihren Parteitag fassen, dass sie nicht mit der AfD koalitiert. Wir erleben in



Geboren 1983 Ilmenau/
Thüringen

Studium der Geschichte,
Afrikanistik und
Niederländischen
Sprachwissenschaft

2009-2011

Landessprecherin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Thüringen

2012-2013 Mitarbeiterin
Carsten Meyer MdL

2013-2014

Geschäftsführerin
Landesfrauenrat Thüringen

Seit 2014 Mitglied des
Thüringer Landtages/
stellv. parlamentarische
Geschäftsführerin

Seit 2010 Mitglied im
Kreistag ILM-Kreis

Seit 2019 Stadträtin in
Ilmenau

Mehr über mich und meine
Arbeit findet ihr unter:
www.madeleine-henfling.de

Thüringen gerade, dass ein Beschluss noch gar nichts sagt über die Stimmung vor Ort. Die CDU kooperiert mit der AfD in den Kommunalparlamenten und viele in der CDU-Führung scheinen in Thüringen auch bereit zu sein das auf Landesebene zu tun. Das können wir nicht als Inselproblem abtun, das müssen wir klar als das benennen, was es ist: relevant für das gesamte politische Koordinatensystem der BRD. Wir brauchen Antworten und Lösungen für das, was in Ostdeutschland passiert. Eine klare Ansage gegen Rassismus und Antisemitismus, Menschenverachtung und Hass, einen handlungsfähigen Staat der dagegen vorgeht, der die Menschen die davon betroffen sind schützt. Wir müssen die Zivilgesellschaft stärken und Antifaschist*innen unterstützen. Wir müssen aber auch Antworten auf tatsächliche Ungerechtigkeiten geben, uns einsetzen für gleiche Löhne und eine gute Rente für alle, gegen Kinderarmut und für eine Infrastruktur die den Namen verdient hat. Und wir müssen den Menschen die Frage beantworten, wie wir die anstehenden Transformationsprozesse ökologisch und sozial bewältigen wollen. Viele hier haben Angst vor einem erneuten Systemzusammenbruch und dem Verlust dessen was sie sich mühevoll aufgebaut haben. Und wir brauchen alle die jetzt sagen, einfach haben wir es hier nicht aber wir sind #derandereosten und #wirbleibenhier.

Ich habe mich vor 10 Jahren entschieden zurückzugehen in den Osten. Ich lebe gerne hier und ich will dass, das für meine Kinder auch so bleibt. Ich möchte mich auch die nächsten 2 Jahre in den Bundesparteirat einbringen, für die Ostdeutsche Perspektive und für gemeinsames Verständnis. Ich möchte aber auch, dass wir auf Bundesebene mehr über die letzten 30 Jahre im Osten sprechen, über Transformationsprozesse, über extrem rechte Hegemonie und einen Staat der nicht da war als er gebraucht wurde. Wenn viele Menschen gerade auf twitter über ihre #baseballschlägerjahre sprechen, dann gehört das zu einer kollektiven Erinnerung der 90er und 00er Jahre im Osten. Jede*r in meinem Umfeld kann dazu etwas sagen. Die Generation Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen ist erwachsen und hat schon mal einem Staat ihren Willen aufgezwungen. Der hat seine Handlungsunfähigkeit dann an denen ausgelassen, die eigentlich jede Unterstützung benötigt hätten. Das darf nie wieder passieren. Die AfD, ihre Positionen und ihre Funktionäre gehören nicht in die Mitte der Gesellschaft. Sie gehören nicht in Verantwortung sondern in die Schmutzecke aus der sie gekommen sind. Dafür kämpfe ich in Thüringen und dafür will ich im Parteirat streiten.

Ich freue mich über eure Stimme!

Herzlichst

Madeleine Henfling

Bewerbung: Katharina Schulze



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

Mut geben statt Angst machen! Mit dieser Haltung müssen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit angehen: Egal ob Klimakrise bekämpfen, die soziale Spaltung verringern oder den Faschisten die Stirn bieten! Die Herausforderungen sind nicht wenige und die Erwartungen an uns Grüne sind groß. Das ist eine große Verantwortung für unsere Partei, aber auch unsere Chance, zu zeigen, wie Politik auch geht: mutig, leidenschaftlich, ideenreich, solidarisch, nachhaltig – und immer die Menschen im Blick!

Unsere Kompetenz beim zentralen Thema – der Bekämpfung der Klimakrise – ist allgemein anerkannt. Es zeichnet uns als Partei aus, dass wir zur ganzen Palette der politischen Themen gute Lösungen anbieten. Und mehr denn je haben wir die Chance, uns mit unseren Lösungen Gehör zu verschaffen.

Als Bündnispartei stehen wir solidarisch mit allen Menschen, die sich jeden Tag gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit engagieren. Mit unseren grünen Ideen helfen wir Kindern in Armut und Alleinerziehenden, besser über die Runden zu kommen. Als feministische Partei achten wir darauf, dass Frauen endlich die gleichen Rechte und Chancen bekommen. Und mit unseren klugen Ideen für Innovation und den richtigen Rahmenbedingungen für eine ökologische und digitale Modernisierung machen wir den Standort Deutschland fit für die Zukunft. Das Gute ist: Wir Grüne haben in allen politischen Bereichen längst Expert*innen! Diesen Wissensschatz brauchen wir als Partei – auf all unseren Ebenen.

In Bayern sind wir Grüne mittlerweile zweitstärkste Kraft – und der Schwung hält an. Mit 50% mehr Mitgliedern seit Sommer 2018 und über 100 neuen Ortsverbänden gehen wir hier in die Kommunalwahlen im März. Ich durfte als Spitzenkandidatin einen Teil dazu beitragen, dass wir bei der letzten Wahl 17,6% geholt haben. Wir haben 2018 der CSU in Bayern die Stirn geboten, ihre absolute Mehrheit beendet und sind jetzt Oppositionsführerin.

Im Parteirat möchte ich gerne meine strategischen und politischen Erfahrungen hineintragen – und die politischen Entscheidungen aus Berlin wieder nach Bayern zurück. Denn für mich gehört zur erfolgreichen Parteiarbeit Team-Spirit, Geschlossenheit, Vertrauen zueinander und gute Kommunikation in und über alle Ebenen. Dazu möchte ich gerne beitragen – und freue mich über Eure Unterstützung!



Feministin, Antifaschistin und Spezilover.

34 Jahre alt und seit 10 Jahren in dieser wunderbaren Partei: Als Vorsitzende der Grünen Jugend München und den Münchner Grünen, Parteirätin im Bayerischen Landesverband, seit 2013 Landtagsabgeordnete und innenpolitische Sprecherin meiner Fraktion und seit 2017 auch Fraktionsvorsitzende.

Lebensmotto: Du bekommst die Welt nicht besser gemeckert. Du musst sie besser machen!

www.katharina-schulze.de

Eure

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Katharina'. The signature is stylized, with a large, sweeping 'K' that loops around the first part of the name.

Bewerbung: Katja Dörner



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Blick vieler Menschen auf uns Grüne hat sich in den vergangenen zwei Jahren verändert. Die Jamaika-Sondierungen haben gezeigt, dass wir bereit sind, auch unter für uns schwierigen Vorzeichen Verantwortung zu übernehmen. Wir haben einen Bundesvorstand gewählt, der es sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt hat, zuzuhören und unsere Themen in die Breite der Gesellschaft zu tragen – und dem dies auch gelingt. In der (nicht nur) die Menschheit bedrohenden Klimakrise sind wir die einzige Partei, die mit hoher Glaubwürdigkeit und Sachverstand auf schnelle Maßnahmen dringt.

Brexit, Trump, der Krieg in Syrien, aber auch das Erstarken des Rechtsextremismus und das Agieren der AfD verunsichern viele Menschen. Gleichzeitig verlieren die alten Volksparteien an Zuspruch, sie verstricken sich in Personalquerelen und geben keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Der Blick richtet sich auf uns, verbunden mit der Frage, ob wir willens sind und ob es uns gelingt, Orientierung zu geben und ein Stabilitätsanker zu sein in stürmischen Zeiten. Das ist neu. Und es ist deshalb so herausfordernd, weil wir unsere alte Funktion im Parteiengefüge, die eines „schnellen Beiboots“, das neue, auch radikale Ideen einspeist und mehrheitsfähig macht, nicht aufgeben dürfen. Uns ist allen klar, dass die Klimakrise radikale Antworten erfordert. Mir ist dabei wichtig, dass wir die Menschen mitnehmen. Nur, wenn es uns gelingt, von Flensburg über Rostock, vom Hochsauerlandkreis bis München, vom Bäcker über die Erzieherin zur Start-Up-Gründerin Akzeptanz für konsequenten Klimaschutz zu schaffen, können wir erfolgreich sein. Ich bin überzeugt: Nur wenn es uns gelingt, im Spannungsfeld von Stabilität und Radikalität, von Kontinuität und Veränderung klug zu agieren, Orientierung und weitreichende Antworten gleichermaßen zu geben, können wir erfolgreich bleiben, unsere guten Umfragewerte dauerhaft halten und in einer neuen Bundesregierung – wann immer sie ansteht – unsere guten Konzepte auch zur Umsetzung bringen. Um erfolgreich zu sein, müssen wir uns in der Partei sehr gut koordinieren und hierfür ist der Parteirat wichtig.

Als stellvertretende Vorsitzende habe ich in den vergangenen vier Jahren die Bundestagsfraktion im Parteirat vertreten und dort – nicht nur, aber doch insbesondere – sozial- und frauenpolitische Themen stark gemacht. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, mit unserem Konzept für eine Kindergrundsicherung den Kampf gegen die Kinderarmut stärker mit uns Grünen zu verbinden. Derzeit arbeiten wir daran, dies mit unserer doppelten Pflegegarantie ebenfalls zu erreichen. Mit unserer klaren Haltung bei der Auseinandersetzung um den §219a



43 Jahre, ein Kind, seit 1994 aktiv bei den Grünen, Mitglied der Grünen Ratsfraktion in Bonn von 2002 bis 2009, MdB seit Oktober 2009, stellvertretende Fraktionsvorsitzende seit Dezember 2013, Mitglied im Parteirat seit 2015, immer wieder auf der Straße für Klimaschutz und gegen Nazis, Mitglied bei Amnesty International, Ausbildung statt Abschiebung, Frauen helfen Frauen, Vorstand Deutsches Kinderhilfswerk und vom Mieterbund Bonn, Hobbies: Lesen, Kickern, Karneval. Infos: katja-doerner.de

haben wir feministisches Profil gewonnen; mit neuen Vorschlägen für eine bessere Finanzierung der Frauenhäuser bundesweit machen wir frauenpolitisch weiter. Für mich steht fest: Öko und Soziales sind zwei Seiten einer Medaille. Wir können und sollten unser sozialpolitisches Profil noch weiter ausbauen und das auch in unserem neuen Grundsatzprogramm stark machen. Auch hierfür ist eine gute Abstimmung zwischen Partei und Bundestagsfraktion wichtig.

Für diesen Parteirat kandidiere ich aber auch mit einer neuen Perspektive. Am 13. September 2020 möchte ich die erste grüne Oberbürgermeisterin im Rheinland werden, denn meine politische Leidenschaft gilt Bonn. Klar, in Berlin trifft der Bundestag wichtige Entscheidungen. Er setzt den Rahmen für unser Zusammenleben. Aber wir alle wissen: Vor Ort entscheidet sich, was wir daraus machen, ob unsere Stadt, unsere Gemeinde oder unser Landkreis heute und in Zukunft das Zuhause ist, das wir uns wünschen. Es wird keine Verkehrswende geben, wenn wir sie in unseren Städten und Gemeinden nicht machen. Genau das möchte ich in Bonn anpacken.

Ich habe mich gefragt, ob die OB-Kandidatur ein Grund ist, nicht wieder für den Parteirat zu kandidieren, aber ich bin zu dem Schluss gekommen, dass das Gegenteil der Fall ist. Der Parteirat als Vernetzungsgremium der Ebenen kann die kommunale Perspektive mehr als gut gebrauchen. Auch deshalb würde ich mich über Euer Vertrauen und Eure Stimme bei der Wahl in den Parteirat sehr freuen.

Eure

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Katja Dörner'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Katja' written in a larger, more prominent script than the last name 'Dörner'.

Bewerbung: Till Steffen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte meine Leidenschaft für Rechtsstaat und Demokratie, meinen nüchternen Blick auf die Voraussetzungen erfolgreichen politischen Handelns und meine langjährige Erfahrung als Regierungsmitglied in den Parteirat einbringen.

Ich liebe das Ringen um Meinungen und Mehrheiten. Das ist der Kern von Demokratie.

Demokratie ist jedoch nichts ohne Rechtsstaat. Der Rechtsstaat sichert die Rechte der Einzelnen. Freie Meinungsäußerung, Demonstrationsrecht und der Schutz der Privatsphäre stehen jedem und jeder Einzelnen zu. Sie können nicht von der Mehrheit weggewischt werden. Ohne Widerspruch durch die jeweilige Minderheit gibt es keinen demokratischen Diskurs und keine demokratische Alternative. Deswegen ist der Schutz der Rechte einzelner Bürger*innen so wichtig. Menschen in Bedrängnis beizustehen war mein Anliegen in meiner Arbeit als Rechtsanwalt. Sicherzustellen, dass Menschen ihr Recht durchsetzen können, ist meine Aufgabe als Justizsenator in Hamburg.

Demokratie und Rechtsstaat werden von rechts massiv herausgefordert. Als Grüne haben wir dabei eine ganz klare und unverwechselbare Rolle. Wir stehen an der Seite von Diskriminierten, bekämpfen Hate Speech auf allen Ebenen und stehen schon seit Jahren für eine konsequente Bekämpfung von Rechtsterrorismus. Für mich sind das die Themen, die mein konkretes Handeln vor Ort bestimmen und für die ich auf Bundesebene in Bundesrat und Justizministerkonferenz einstehe.

Als Grüne setzen wir zu einem großen Sprung an. Wir wollen die führende Rolle in einer Regierung übernehmen. Dafür werben wir um Vertrauen und Zustimmung. Die kriegen wir nur, wenn wir ganz unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungen zusammenbringen. Wir brauchen ambitionierte Ziele und kühne Visionen. Ich stelle dazu gerne die kritischen Fragen: Wie funktioniert das praktisch? Wie geht das rechtlich? Wie kommt das ganz konkret in den Ländern und Kommunen an?

„Hamburg hat eine Wahl!“ – mit diesem Angebot sind wir mit Katharina Fegebank als Spitzenkandidatin in den Zweikampf um das Rathaus eingestiegen. Es ist unser Ziel, im Februar 2020 stärkste Partei in Hamburg zu werden und die SPD an der Spitze abzulösen. Hier machen wir in unserem Stadtstaat vor, was (spätestens) im Jahr darauf für die Bundesebene ansteht.



Dr. Till Steffen

*1973 in Wiesbaden,
verheiratet, 2 Söhne

Jura-Studium in Mainz,
Hamburg & Aberdeen

Kommunalpolitik und
Grüne Jugend quer durch
den Garten

Hamburgische
Bürgerschaft 2004-2008
(justizpol. Sprecher) &
2010-2015 (verkehrspol.
Sprecher)

Justizsenator Hamburg
2008-2010 & seit 2015

sonst Rechtsanwalt

Vorsitzender des KV
Hamburg-Eimsbüttel seit
2017

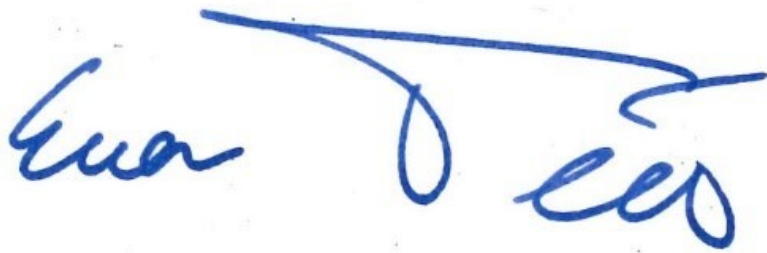
mail [till.steffen@gruene-
eimsbuettel.de](mailto:till.steffen@gruene-eimsbuettel.de)

twitter @till_steffen

Netz www.tillsteffen.de

Wir brauchen deswegen volle Unterstützung aus der ganzen Republik und wir wollen Euch an unseren Erfahrungen teilhaben lassen. Als Mitglied des Parteirats möchte ich dafür ein wichtiges Bindeglied sein.

Dafür werbe ich um Eure Stimme!



Bewerbung: Pegah Edalatian-Schahriari



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freund*innen,

hiermit bewerbe ich mich auf einen Platz im Parteirat und bitte um Euer Vertrauen. Seit 2012 bin ich Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Globale Entwicklung.

Im Parteirat darf die Stimme der Bundesarbeitsgemeinschaften nicht fehlen

Die Bundesarbeitsgemeinschaften sind unverzichtbare Denkfabriken unserer Partei. Sie tragen wesentlich zur Gestaltung unserer Politik bei. Wir kommen zusammen und entwickeln Konzepte für eine solidarische, inklusive, sozial-ökologische und gerechte Zukunft hier in Europa und weltweit. Wir sind Teil der partizipativen Strukturen unserer Partei, die uns die Mitgestaltung und die Mitwirkung bei der Erarbeitung grüner politischer Programmatik ermöglicht. Das ist gelebte Demokratie! Wir Grüne sind besonders stark, wenn wir interdisziplinär denken und handeln – daran wirken wir als Bundesarbeitsgemeinschaften direkt mit.

Die BAGen erarbeiten Lösungen für die großen Fragen unserer Zeit, sei es der Kampf gegen die Klimakrise oder die Frage, wie wir die globale Gerechtigkeit gestalten können. Wir wollen die sozial-ökologische Transformation voranbringen und das kommunal, regional, national, europäisch und global. Wir setzen uns für eine Gesellschaft der Vielfalt ein. In den BAGen ist das geballte Fachwissen und die Expertise vorhanden, um die politischen Weichenstellungen hierfür zu formulieren.

Dieses Wissen aus der Mitte unserer Partei möchte ich in den Parteirat einbringen.

Für eine freiheitliche Demokratie der Vielfalt - gegen den Rückfall in Nationalismus

Mehr denn je müssen wir die Menschen heute ermächtigen, für ihre Rechte einzustehen und Unrecht benennen zu können. Demokratie braucht selbstbestimmte Bürger*innen. Die Institutionen, die die Menschen durchlaufen, müssen auf Mitbestimmung ausgerichtet sein. Denn weltweit steht die Demokratie durch das Erstarken des Rechtspopulismus in neuer Form unter Beschuss. Die Grundwerte unserer freien und offenen Gesellschaft werden in Frage gestellt, der Handlungsspielraum von Bündnispartner*innen und Politiker*innen wird systematisch eingeschränkt. Uns muss es gelingen, das Ruder herumzureißen. Wir als Grüne sind die stärkste Vertretung einer vielfältigen Gesellschaft. Dieser Aspekt darf auch bei der strategischen Ausrichtung unserer Partei nicht zu kurz kommen. Dafür möchte ich mich im Parteirat einsetzen.

Die sozial-ökologische Transformation ist Gerechtigkeitspolitik in Deutschland, Europa und weltweit



- Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Grünen Landtagsfraktion NRW für Kinder-Jugend-Familienpolitik und Internationales
- Sprecherin BAG Globale Entwicklung
- Mitglied des Fachbeirats Nord/Süd der Böll-Stiftung
- stellvertretendes Mitglied des Kinder- und Jugendhilfeausschusses der Landeshauptstadt Düsseldorf

Die Staaten stehen in der Verantwortung, allen Menschen auf dieser Welt ein Leben in Würde und ein Recht auf Zukunft zu ermöglichen. Im September 2015 unterzeichnete die Staatengemeinschaft die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen. Damit haben sich die Staaten dazu verpflichtet, die ökologische Tragfähigkeit unserer Erde zu respektieren, die natürlichen Ressourcen zu schützen und klimaschädliche Emissionen radikal zu reduzieren. Zurzeit treffen die Folgen des Klimawandels die Ärmsten der Armen im globalen Süden, die wenig dazu beigetragen haben. Die Jugendbewegung wehrt sich weltweit zu Recht gegen die massiven Folgen, die sie einmal tragen müssen.

Ich stehe dafür ein, dass das Ziel grüner Politik eine gerechte, solidarische und nachhaltige Welt ist. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit global denken und nicht nur aus einer nationalstaatlichen Perspektive heraus betrachten dürfen. Hierzu gehört auch die internationale Zusammenarbeit mit Organisationen, die uns inhaltlich nahe stehen. Gemeinsam mit den Global Greens habe ich die „Global Climate Working Group“ gegründet. Wir haben uns das Ziel gesetzt, die Grüne Bewegung rund um den Globus im Kampf gegen den Klimawandel sichtbar zu machen.

Ich bin Pegah, grünes Basismitglied und seit 2012 Sprecherin der BAG Globale Entwicklung. Ich möchte die Vielfalt der BAGen im Parteirat repräsentieren. Nur wenn wir alle Perspektiven mitbedenken und Bündnisse schaffen, sind wir stark.

Ich freue mich, dass der BAG Sprecher*innenrat und die BAG Globale Entwicklung meine Kandidatur für den Parteirat mit ihrem Votum unterstützen.

Ich freue mich über Eure Stimme und Euer Vertrauen!

Viele Grüße

Pegah

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'P. Edalatian-Schahriari', with a large, stylized flourish underneath.

Bewerbung: Dr. Franziska Brantner



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Tagesordnungspunkt: W-PR Wahl Parteirat

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir können uns oft nicht vorstellen, welche Hoffnungen und Erwartungen heute überall in Europa auf den deutschen Grünen ruhen. Viele in Europa sind verbittert über die deutsche Politik. Viele sind enttäuscht von der SPD, nicht zuletzt der französische Präsident. Die wichtigsten Fehlentscheidungen der Europapolitik der letzten Jahre tragen die Handschrift der GroKo. Tatsächlich gibt es in Deutschland heute nur eine Partei, die für mehr Solidarität in Europa auch wirklich etwas unternehmen will: nämlich wir Grünen. Das wissen die anderen Europäer*innen und ihre Erwartung dürfen und wollen wir nicht enttäuschen.

Unser Parteirat muss deswegen nach strategischen, nachhaltigen Antworten suchen, damit eine Regierungsbeteiligung der Grünen in Zukunft eine echte Chance nicht nur für Deutschland, sondern für Europa bedeutet. Als ehemalige Europa-Abgeordnete und jetzige Europa-Sprecherin der Bundestagsfraktion kandidiere ich deshalb für den Parteirat, damit wir als politische Kraft mit jeder einzelnen Forderung auch eine neue deutsche Europapolitik begründen.

Ich kenne viele unserer Partner*innen in Europa persönlich, weiß, wie sie denken. Aus meiner Erfahrung im Bundestag weiß ich aber auch, wie sehr europäische Forderungen im eingeschliffenen deutschen Regierungsbetrieb anecken. Ministerialbeamte wollen von ihnen oft nichts hören. Umso präziser müssen wir im Parteirat die Fronten definieren, an denen wir für Europa kämpfen wollen.

Dabei ist die Abstimmung zwischen Partei und Fraktion von zentraler Bedeutung: im Bundestag können und müssen wir die erforderlichen Mehrheiten für mehr deutsche Solidarität mit Europa organisieren. Ich möchte, dass Partei, Bundestags- und Europafraktion hierfür an einem Strang ziehen.

Wir Grüne werden unseren Kampf um Europa nur innerhalb eines breiten, bunten, transnationalen Bündnisses in Europa verwirklichen können, in Kooperation mit dem Europäischen Parlament, vielen Hauptstädten und der Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir alte und neue Freundschaften mit schwedischen und holländischen Grünen pflegen, mit spanischen Sozialist*innen, aber auch zum pro-europäischen Teil der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung. Diese Verbindungen möchte ich in den Parteirat einbringen.

Ich bin überzeugt, dass Europa mit jedem Schüleraustausch, jedem Erasmus-Stipendium, jedem Interrail-Pass und jeder Städtepartnerschaft stärker zusammenwächst. Und das gilt auch



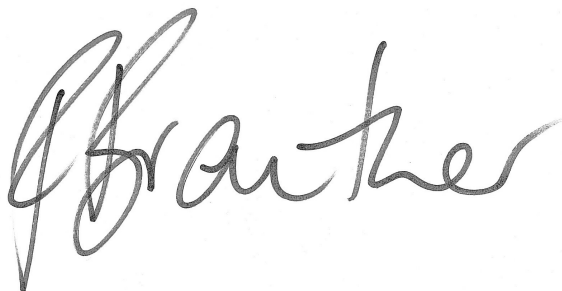
- 1979 in Lörrach geboren
- Studium Politikwissenschaften und Volkswirtschaft, Abschlüsse in Paris und New York, Promotion
- 2009 – 2013 im Europäischen Parlament
- Seit 2013 im Deutschen Bundestag, 2013 – 2017 Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik, 2014 – 2017 Vorsitzende Unterausschuss Zivile Krisenprävention, seit 2013 im EU-Ausschuss und stv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Seit 2018 Europapolitische Sprecherin, Parlamentarische Geschäftsführerin und Obfrau im EU-Ausschuss

innerhalb Deutschlands. In meinem baden-württembergischen Wahlkreis in Heidelberg haben wir vor 30 Jahren eine Partnerschaft mit Bautzen in Sachsen gegründet. Sie war ein wenig eingeschlafen, in diesem Jahr haben wir Grünen sie neu belebt: Mit einem Team aus Heidelberg in Bautzen im Wahlkampf. Vor Ort waren wir schnell ein grünes Team: ein Team Demokratie, ein Team Klima, ein Team Frauenrechte. Und auch nach der Wahl wollen wir als Team weitermachen, wollen die Klimaleugner*innen in Bautzen mit Heidelberger Klimawissenschaftlerinnen konfrontieren, die AfDler in Heidelberg mit einer Rechtsradikalismus-Expertin aus Bautzen. Solche Partnerschaften müssen wir auch europaweit wiederbeleben. Zwischen Bürger*innen, aber auch zwischen Parteien.

Dem Zeitgeist des Pessimismus stellen wir europäischen Aufbruch und Solidarität entgegen. Wir können den Vielen die Hand reichen, die unter weitaus schwierigeren Bedingungen den Traum von einer offenen Gesellschaft am Leben halten. Den vielen, hart arbeitenden Griech*innen, die Europa vor der Spaltung bewahren. Der ungarischen Opposition, die immer noch gegen Orban demonstriert und bei den jüngsten Wahlen die Hauptstadt Budapest erobert hat. Der portugiesischen Linksregierung, die Reformen für Europa macht, das Land aus der Wirtschaftskrise holt und zugleich mehr Gerechtigkeit schafft. Wir reichen Ekrem Imamoglu die Hand, der mit seinem Sieg in Istanbul ein Ausrufezeichen für eine demokratischere Türkei gesetzt hat.

Ich will im Parteirat dafür sorgen, dass uns dieser vielfältige europäische Elan beflügelt und wir ihn wiederum verstärken!

Hierfür bitte ich um Eure Unterstützung.

A handwritten signature in dark ink, reading 'Brantner'. The signature is fluid and cursive, with the first letter 'B' being particularly large and stylized.